

Einladung

Stadt Erlangen

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

1. Sitzung • Mittwoch, 19.01.2011 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)

- | | | |
|-------|---|---------------------------------|
| 11. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 11.1. | Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen der externen Beraterfirma Rödl + Partner | BM/ZV/011/2010
Kenntnisnahme |
| 11.2. | Arbeitsprogramm 2011 für Amt 11; Eingliederungsmanagement; Stellenplan 2011 und Rödl & Partner Stelleneinsparvorschlag | 11/024/2010
Kenntnisnahme |
| 11.3. | Alternativvorschlag der Verwaltung zur Wiederbesetzungssperre; Lfd. Nr. 6 der Abstimmungsvorlage der Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner; Protokollnotiz zum HFPa vom 24.11.2010 | 11/025/2010
Kenntnisnahme |
| 11.4. | Budget des GME im Haushalt 2011 und dessen Auswirkungen aufgrund nicht berücksichtigter Nachmeldungen der Verwaltung | 241/022/2010
Kenntnisnahme |
| 11.5. | Antrag zum Arbeitsprogramm 2011 des Bauaufsichtsamtes (Amt 63) - Prüfung von Brandschutznachweisen; hier: Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion | 63/124/2010
Kenntnisnahme |
| 12. | Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse für die Fraktionen hier: Antrag Nr. 119/2010 der Fraktion Erlanger Linke | 13-2/077/2011
Beschluss |
| 13. | Ausbildungsbericht 2010 | II/072/2010
Beschluss |
| 14. | Sondernutzungsgebühren bei Google Street-View-Fahrten; Fraktionsantrag Nr. 115/2010 der Fraktion Erlanger Linke | 30-R/018/2010
Beschluss |

15. Haushaltsberatung 2011

**Beratung und Behandlung der Anträge zum Haushalt 2011
für die unter TOP 17 genannten Ämter**

- | | | |
|---------|---|---------------------------|
| 15.1. | Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2011 (siehe Verwaltungsvorlage), 1. Neufassung vom 12.2010 | 112/023/2010
Gutachten |
|
 | | |
| 15.2. | Mitteilungen zur Kenntnis - Wortanträge Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt zum Haushalt 2011 | |
|
 | | |
| 15.2.1. | Fraktionsantrag der Grünen Liste Nr. 163/2010; Haushaltskonsolidierung 2011
Umstrukturierungen Liegenschaftsamt, Sportamt und Friedhofsgärtnerei | 11/030/2010
Beschluss |
|
 | | |
| 15.3. | Fachamtsbudgets für die der HFPa als Fachausschuss zuständig ist (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2011) | II/074/2011
Beschluss |
|
 | | |
| 15.4. | Maßnahmenvorschläge von Rödl + Partner | 112/024/2010
Gutachten |
|
 | | |
| 15.5. | Anträge zum Finanzhaushalt/Investitionsprogramm der Fachämter für die der HFPa als Fachausschuss zuständig ist (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2011) | II/075/2011
Beschluss |

16. Fraktionsanträge zu den Arbeitsprogrammen

- | | | |
|-------|---|--------------------------|
| 16.1. | Fraktionsantrag SPD 156/2010 vom 30.11.2010 zum Arbeitsprogramm des Personal- und Organisationsamtes;
Anonymisiertes Bewerbungsverfahren | 11/023/2010
Beschluss |
|-------|---|--------------------------|

**17. Begutachtung der Stellenpläne der Fachämter und Begutachtung der Fachämterbudgets
Beschlussfassung der Arbeitsprogramme (siehe Band "Arbeitsprogramme 2011")**

- | | | |
|-------|---|---------------------------|
| 17.1. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der Gleichstellungsstelle für Frauenfragen - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 9 | Gst/005/2010
Beschluss |
|
 | | |
| 17.2. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der Personalvertretung
- siehe Arbeitsprogramm 2011 in gebundener Form ab Seite 17 | 201/004/2011
Beschluss |

- | | | |
|------------|---|----------------------------|
| 17.3. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des eGovernment-Centers - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 19 | eGov/013/2010
Beschluss |
| 17.4. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Personal- und Organisationsamtes - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 29 | 11/021/2010
Beschluss |
| 17.5. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Bürgermeister- und Presseamtes (Amt 13)
-siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 37 | 13-2/076/2011
Beschluss |
| 17.6. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der Stadtkämmerei sowie Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit
- siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 49 | II/073/2010
Beschluss |
| 17.7. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für Recht und Statistik (Amt 30) - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 89 | 30-R/016/2011
Beschluss |
| 17.8. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Bürgeramtes - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 121 | 33/003/2010
Beschluss |
| 17.9. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Standesamtes - siehe Arbeitsprogramm 2011 in gebundener Form ab Seite 129 | 34/007/2010
Beschluss |
| 17.10. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz (Amt 37) - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 135 | 37/010/2010
Beschluss |
| 17.11. | Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 39)
- siehe Arbeitsprogramm 2011 in gebundener Form ab Seite 143 | 39/006/2011
Beschluss |
| 18. | Beratung und Behandlung der sonstigen Anträge zum Haushalt 2011 für die der HFPa zuständig ist | |
| 18.1. | Anträge zum Ergebnishaushalt außerhalb der Fachamtsbudgets (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2011) | II/076/2011
Beschluss |
| 18.2. | Anträge zum Ergebnishaushalt und zum Finanzhaushalt seit dem 16.12.2010 | II/078/2011
Beschluss |

19. Anfragen

Hinweis:

Es wird darum gebeten, die bereits verteilten Haushaltsunterlagen

- **Haushaltsentwurf 2011**
- **den Band Arbeitsprogramme 2011**
- **die aufbereiteten Antragsunterlagen zum Haushalt 2011**
- **die Verwaltungsvorlagen zum Stellenplan 2011**
- **sowie die Abstimmungsvorlage der Maßnahmenvorschläge von Rödl und Partner**

zur Sitzung mitzubringen.

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 11. Januar 2011

STADT ERLANGEN

gez. Dr. Siegfried Balleis
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

Die Sitzungsunterlagen können auch unter www.ratsinfo.erlangen.de abgerufen werden.

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
PR

Verantwortliche/r:
Personalvertretung

Vorlagennummer:
BM/ZV/011/2010

Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen der externen Beraterfirma Rödl + Partner

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	25.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	
Jugendhilfeausschuss	27.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Die beiliegende Stellungnahme der Personalvertretung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

siehe Anlage

Anlagen: Stellungnahme der Personalvertretung

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen der externen Beraterfirmen Rödl & Partner

I. Zum Verfahren

Die Berater von Rödl & Partner wurden auch unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, dass sie für eine sehr starke Einbeziehung und Zusammenarbeit mit den Fachbereichen stehen inklusive einer Mitarbeiterbeteiligung. Tatsächlich ist festzustellen, dass eine Mitarbeiterbeteiligung mit Ausnahme der Veröffentlichung eines schon in anderen Städten verwendeten OB-Briefes im Mitarbeiterportal nicht stattfand und eine umfassende Einbeziehung und Kommunikation mit den Fachbereichen unterblieb. Teilweise wurden Vorschläge präsentiert, ohne dass die entsprechenden Fachbereiche oder Schulleitungen einbezogen worden sind. Am 15.10.2010 war vorgesehen, dass die Berater im sogenannten Lenkungskreis die Stoßrichtung für die zu machenden Vorschläge präsentieren. Tatsächlich ist festzustellen, dass eine ganze Reihe von Vorschlägen in der Stoßrichtungspräsentation nicht erwähnt worden sind. So war es nicht möglich, zu verhindern dass mancher schon in der Vergangenheit wiederholt geprüfter Vorschlag und als nicht realisierbar verworfen von den Beratern weiter verfolgt worden ist. Ebenfalls ist nicht erkennbar, dass die Berater auf Anregungen und Vorschläge von Seiten der Verwaltung während der Stoßrichtungspräsentation im Weiteren eingegangen sind.

II. Zu einzelnen Vorschlägen

1. Kürzung des zentralen Budgets für ZBV/Stellen

Das von den Beratern aufgezeigte Einsparvolumen von 95.100 Euro im Jahr zeigt, dass die Berater das System der Erlanger Budgetierung nicht verstanden haben. Alle ZBV/Stellen sind zwar nach der Personalkostenbudgetierung ausfinanziert, wenn sie aber nicht besetzt sind, entsteht nach Ende des Haushaltsjahres ein Haushaltsüberschuss.

2. Reduktion der Ausbildung über Bedarf

Die Berater sehen Ausbildung (über Bedarf) lediglich als soziale Maßnahme. Sie verkennen, dass Auszubildende auch je nach Ausbildungsstand produktive Arbeiten verrichten, die teilweise die Kosten für die Ausbildung übersteigen. Weiterhin wird verkannt, dass Ausbildung auch durchaus positive Elemente für die Ausbilder hat (intensivere Beschäftigung mit Arbeitsinhalten etc.).

3. Einführung einer 3-monatigen Wiederbesetzungssperre

Die Personalvertretung schließt sich voll inhaltlich der schlüssigen Begründung gegen die Einführung einer Wiederbesetzungssperre von Ref. OBM/ZV an. Ergänzend ist zu erwähnen, dass eine allgemeine Wiederbesetzungssperre in der Industrie und Wirtschaft auch in Krisensituationen kaum praktiziert wird. Eine allgemeine Wiederbesetzungssperre ist nämlich eine Konsolidierung per Zufall. Betroffen sind auch Stellen, die unter Umständen Mehreinnahmen erbringen oder sich zumindest mittelbar mehr als rechnen. Generell gilt bei einer allgemeinen Wiederbesetzungssperre, dass die Aufgabenerledigung deutlich schlechter wird und es zu Verschiebungsprozessen kommt, die zu Mehraufwendungen an anderer Stelle, in anderen Bereichen führen. Im Kern erledigen die Fachbereiche nur noch die Tätigkeiten im ureigensten Bereich Tätigkeiten, die für andere Bereiche der Stadtverwaltung wichtig sind werden dann eher nicht mehr so wahrgenommen wie bisher. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass der Vorschlag zu einer Verschlechterung des Bürgerservice führt und zu einer Benachteiligung von Frauen führen kann (bei Stellenbesetzungen kommen eher Männer als junge Frauen, die u.U. schwanger werden können, zum Zuge).

4. Privatisierung von Reinigungsleistungen

Es ist enttäuschend, dass an dieser Stelle die externen Berater nur die Meinung von Amt 24 ungeprüft wiedergeben. Es ist schade, dass die externen Berater ihren überkommunalen Einblick und Sachverstand an dieser Stelle nicht eingebracht haben. In der von Rödl & Partner ebenfalls beratenen Stadtverwaltung Fürth kommt es nämlich seit einigen Jahren Zug um Zug zur Rekommunali-

sierung früher privatisierter Reinigungsflächen. Es wäre interessant gewesen, wenn der externe Berater in diesem Fall die entsprechenden Berechnungen zur Verfügung gestellt hätte.

5. Optimierung der Hausmeisterdienste

Im Gutachten von Rödl & Partner wird deutlich, dass alle Hausmeister derzeit voll ausgelastet sind. Eine Optimierung ist nach Auffassung von Rödl & Partner nur möglich, wenn die Hausverwalter künftig nur noch Aufgaben für das Gebäudemanagement wahrnehmen. Derzeit nehmen Hausverwalter auch Aufgaben für die gebäudenutzende Dienststelle wahr. Alle Versuche in der Vergangenheit, dies zu ändern, sind an den Widerständen der jeweiligen Dienststellen bzw. Schulleitungen eindrucksvoll gescheitert. Aus Sicht der Personalvertretung sind Optimierungen daher erst dann möglich, wenn Aufgabenveränderungen nicht nur in einem Gutachten empfohlen, sondern auch tatsächlich beschlossen und umgesetzt werden.

6. Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden

Nachdem in der Vergangenheit die Dienststellen der Stadtverwaltung nicht selbst entscheiden konnten, in welchen Räumen, unter welcher Ausstattung und welcher Größe sie arbeiten können bzw. müssen, ist die vorgeschlagene Einführung einer Bonus-Malus-Regelung Unsinn. Statt neue sinnlose, bürokratische und arbeitsintensive, fiktive Spielregeln einzuführen, sollte sich Amt 24 besser auf seine Kernaufgaben konzentrieren.

7. Anpassung des Personaleinsatzes für Schulsekretariate

Der Personaleinsatz in den Schulsekretariaten entspricht den entsprechenden bayerischen Vorgaben und Regelungen. Eine Organisationsuntersuchung vor einigen Monaten hat ergeben, dass eigentlich die Schulleitungen von Verwaltungstätigkeiten noch stärker entlastet werden sollten und deshalb im Bereich Sekretariat/Verwaltungsleitung eine personelle Verstärkung sinnvoll und notwendig ist. Die Begründung von Rödl & Partner, dass in anderen Bundesländern die Schulsekretariate personell schlechter besetzt sind, kann nicht überzeugen, wenn nicht im gleichen Zusammenhang die zu erledigenden Aufgaben aufgezeigt und verglichen werden. Auch wenn man froh sein kann, dass Rödl & Partner ein Bundesland in Deutschland und nicht Kongo als Vergleichsmaßstab herangezogen hat, ist doch so eine Vorgehensweise nicht seriös. Wird der Vorschlag umgesetzt, wären die städtischen Schulsekretariate damit deutlich schlechter personell besetzt als bei den staatlichen Schulen in Erlangen. Zu diesem Vorschlag weisen wir ergänzend auf die beigefügten Stellungnahmen der örtlichen Personalvertretungen der städtischen Schulen hin.

8. Anpassung des Anstellungsschlüssels des pädagogischen Personals im Bereich Tageseinrichtungen für Kinder

Der Anstellungsschlüssel in den städtischen Kindereinrichtungen entspricht den Empfehlungen der bayerischen Staatsregierung und ist im bayernweiten Rahmen. Wenn jetzt eine deutliche Verschlechterung dieses Anstellungsschlüssels vorgeschlagen wird, erscheint dies im deutlichen Widerspruch zu dem parallel vorgelegten Vorschlägen, in diesem Bereich über mehr Investitionen bei der Prävention Einsparungen zu erzielen. Eine deutlich schlechtere Betreuung in den städtischen Kindereinrichtungen führt dazu, dass die Einrichtungen ihre Bildungsfunktionen schlechter wahrnehmen können mit der Folge Mehrausgaben in den Folgejahren. Ein weiteres Argument, was gegen die Verwirklichung dieses Vorschlages spricht, ist die zunehmende Schwierigkeit, qualifiziertes Personal zu finden. Hat die Stadt Erlangen bayernweit die schlechtesten Arbeitsbedingungen, ist mehr als logisch, dass Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen eher zu anderen Arbeitgebern gehen, bei denen die Arbeitsbedingungen deutlich besser sind. Es dürfte kaum vermittelbar sein, wenn der Vorschlag von Rödl & Partner, die Elternbeiträge zu erhöhen umgesetzt wird und parallel dazu, das personelle Betreuungsangebot in den Einrichtungen massiv verschlechtert wird. Ergänzend ist noch anzuführen, wenn der Anstellungsschlüssel so verändert wird ist Folge, dass das Personal ständig und tageweise von einer Einrichtung in die andere umgesetzt werden muss.

9. Neuausrichtung der Spielflächenplanung und Spielflächenstruktur

Die Umsetzung dieses Vorschlages dürfte ein kostenintensives Beschäftigungspaket für Stadtverwaltung und Stadtrat sein. Unter dem Strich verbleibt ein Förderprogramm, Ausbau und Erweiterung des bürgerschaftlichen Engagements in Stadtteilinitiativen. Der aufgezeigte Einspareffekt dürfte nicht realisierbar sein.

10. Erhöhung des Vergabeanteils in Grünunterhalten

Die Annahme von Rödl & Partner, dass die Privatbetriebe im Garten- und Landschaftsbau ihre Beschäftigten lediglich im Rahmen von Entgeltgruppe 1 TVöD entlohnen (das sind brutto 1.432,98 Euro - brutto 1.598,15) und deshalb eine Vergabe zu Kosteneinsparungen führt, ist falsch. Die Tariflöhne im Garten- und Landwirtschaftsbau entsprechen durchaus den Tariflöhnen im öffentlichen Dienst. Auch in Privatbetrieben werden Facharbeiter beschäftigt und entsprechend bezahlt. Die Aussage, dass über eine Erhöhung der Vergabequote Einsparungen zu erzielen sind, ist deshalb falsch. Städte wie Nürnberg fahren zum Beispiel auch aus Kostengründen die Vergabequote zurück. Die Vergleichsberechnungen vom EB 77 beweisen, dass der städtische Grünunterhalt wirtschaftlich und kostengünstig arbeitet. Eine Ausweitung der Vergabequote sollte deshalb unterbleiben. Im übrigen sollte berücksichtigt werden, dass bei einer Umsetzung des Vorschlages auf Jahrzehnte hinaus in diesem Bereich keine Neueinstellungen mehr vorgenommen werden könnten, was zu einer völligen Überalterung dieser Arbeitsgruppe führen würde. Eine Ausweitung der Vergabequote sollte deshalb, um Mehrausgaben zu vermeiden, unterbleiben.

- III. Referat OBM/ZV in Schriftform und per Mail mit der Bitte, die Stellungnahme in den jeweiligen Sitzungsunterlagen aufzunehmen, wenn im Januar und Februar 2011 in den Stadtratsgremien über die Vorschläge von Rödl & Partner beraten wird.
- IV. <In Kopie OBM Dr. Balleis> zur Kenntnis.
- V. <In Kopie zum Vorgang>

Stammpersonalrat:
gez. Roland Hornauer

Anlagen:

- Stellungnahme des Personalrats der Städtischen Wirtschaftsschule im Röthelheimpark zur geplanten Einsparung einer halben Stelle im hiesigen Sekretariat
- Stellungnahme des Dienststellenpersonalrats des Marie-Therese-Gymnasiums zur geplanten Einsparung einer halben Stelle im Verwaltungsbereich

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
11/024/2010

Arbeitsprogramm 2011 für Amt 11; Eingliederungsmanagement; Stellenplan 2011 und Rödl & Partner Stelleneinsparvorschlag

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	
Beteiligte Dienststellen				

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Wie im Arbeitsprogramm 2011 des Personal- und Organisationsamtes ausgeführt, besteht bezüglich der Nichtschaffung der 0,5 Planstelle Sachbearbeitung Eingliederungsmanagement für das Jahr 2011 kein Konsens.

Des weiteren wird in der Abstimmungsvorlage der Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner unter lfd. Nr. 2 die „Reduktion der Sachbearbeitungsstellen bei Abt. 112“ (Abt. Organisation) um 0,5 Stellen vorgeschlagen.

Nach Ansicht des Personal- und Organisationsamtes soll die zum Einzug vorgeschlagene Stelle für die Aufgabe „Eingliederungsmanagement“ bei der Stabsstelle Betrieblicher Sozialdienst verwendet werden.

Es wird deshalb gebeten, die **Stelle bei Abt. 112 nicht einzuziehen, sondern** lediglich eine **Funktionsänderung** an vorgenannter Stelle, **für die Aufgabe Eingliederungsmanagement** zu beschließen.

Begründung:

§ 84 SGB IX schreibt ein systematisches Eingliederungsmanagement vor.

Die Stadt Erlangen führt aktuell zwar Maßnahmen im Rahmen des Eingliederungsmanagement durch; jedoch gibt es noch keine Dienstvereinbarung, v.a. gibt es aber nicht die erforderlichen organisatorischen Strukturen bzw. die hierzu notwendigen personellen Kapazitäten.

Ein zielorientiertes Eingliederungsmanagement bedeutet eine individualisierte Betreuung und ein Zusammenwirken der betrieblichen Parteien.

Folgende Qualitäts- und Leistungsstandards können derzeit nicht erfüllt werden:

- Eingliederungsmanagement auf Basis eines ganzheitlichen systematischen Konzeptes
- Strukturierte Auswertungen als Grundlage für die erweiterte Bedarfsanalyse und Prophylaxe.
- Keine frühzeitige Bearbeitung des "eigentlichen " Problems
Häufig wandelt sich das zunächst "medizinische Problem" in Form von "Krankheit/ Beeinträchtigung" durch die lange Zeitdauer von Prozessen in eine "psychosoziale Problemstellung" in Form von "nicht-mehr-gebraucht-werden", Abschied vom Be-

rufsleben, innerer Kündigung", die dann mit den gegebenen medizinischen Mitteln nicht mehr bearbeitet werden können und einen erheblichen Zusatzaufwand verursachen.

- Keine zeitnahe, individuelle Betreuung des Betroffenen, um die Leistungsfähigkeit, den Bedarf an Hilfestellungen und Qualifizierungsmaßnahmen zu klären.
- Keine zeitnahe Absprachen mit Beteiligten (Fachbereich, Schwerbehindertenvertretung, Personalvertretung, Betriebsärztin, Integrationsamt), um die Möglichkeiten des weiteren Einsatzes sowie mögliche finanzielle Leistungen zu erörtern.
- Erarbeitung von Integrationsmodellen, die dienststellenspezifische Grundlage für die Integration von Einzelfällen bilden.
- Keine Nachhaltigkeit für die Organisation Stadt Erlangen, da vorrangig individualisierte Einzelfalllösungen.
- Keine Sicherstellung der Begleitung der/des betroffenen Mitarbeiter/innen und der Nachhaltigkeit. Die Begleitung ist ein wesentlicher Faktor bei der Wiedereingliederung, um frühzeitig Überlastungssituationen zu erkennen und zeitnah Modifikationen am WE-Plan vornehmen zu können.
- Keine Sicherstellung der Beratung nach abgeschlossener WE. Diese ist für betroffene MA/innen sinnvoll, um frühzeitig Fehlentwicklungen zu erkennen.
- Keine statistische Erfassung und Aufbereitung.
- Eingeschränkter Know-how-Transfer auf die Dienststellen, da keine zeitlichen Ressourcen für Schulung und Sensibilisierung der Führungskräfte vorhanden ist.
- keine zentrale Steuerung und kein zentrales Controlling der WE-Maßnahmen.

Mit Inkrafttreten der Dienstvereinbarung wird zusätzlicher Beratungsbedarf entstehen, dieser ist mit den Kapazitäten innerhalb der Abt. Personalwirtschaft nicht mehr steuerbar.

Eingliederungsmanagement nach dem SGB IX ist ein Kernelement von Diversity. D.h. im Rahmen einer Umsetzung eines ganzheitlichen Diversity-Konzeptes muss Eingliederung mitgedacht werden.

Eine Zuordnung der 0,5 Planstelle beim Betrieblichen Sozialdienst ist keine üppige Personalausstattung sondern würde die wichtigsten Grundkoordinations- und Steuerungsfunktionen ermöglichen.

Kontinuität und Nachhaltigkeit könnte gesichert werden und die Grundlage für eine zielorientierte individualisierte Umsetzung in der Personalwirtschaft könnte geschaffen werden.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
11/025/2010

Alternativvorschlag der Verwaltung zur Wiederbesetzungssperre; Lfd. Nr. 6 der Abstimmungsvorlage der Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner; Protokollnotiz zum HFGA vom 24.11.2010

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis bzw. alternativen Beschlussfassung zur Lfd. Nr. 6. der Abstimmungsvorlage der Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner.

II. Sachbericht

Unter Ziffer 4.6 des Abschlussberichts der Fa. Rödl & Partner wird als Maßnahme Nr. 6 eine dreimonatige Wiederbesetzungssperre ab dem Haushaltsjahr 2011 vorgeschlagen. Die Personalverwaltung hat sich in einer Stellungnahme dagegen ausgesprochen. Diese ist im vorgenannten Bericht auf Seite 16 f. vollständig abgedruckt.

In der HFGA-Sitzung vom 24.11.2010 wurde die Personalverwaltung gebeten, den alternativen Vorschlag des Referates Zentrale Verwaltung ebenfalls monetär zu quantifizieren.

Nachstehend werden die Kalkulationsparameter des Vorschlages von Rödl & Partner nochmals erläutert (Ziff. 1) und auf den weiterentwickelten Alternativvorschlag des Referates Zentrale Verwaltung angewendet (Ziff. 2).

1. Berechnungsgrundlage für den Maßnahmenvorschlag von Rödl & Partner

1.1. Durchschnittliche Personalbewegungen p.a. bei der Stadt Erlangen

Durchschnittliche Anzahl der Umsetzungen / unbefristeten Einstellungen in den Jahren 2007 - 2010	114
minus Durchschnittliche Anzahl der Umsetzungen/ unbefristeten Einstellungen im Stadtjugendamt und den städtischen Schulen in den Jahren 2007 - 2010	29
minus Nachwuchskräfte, die im Anschluss an die Ausbildung übernommen werden	15
Berechnungsbasis - durchschnittliche Personalbewegung	70

1.2. Durchschnittlicher Monatsverdienst als Berechnungsgrundlage

Die Durchschnittsbildung erfolgte gemäß den Personalkosten des Personalbereichs der Stadt Erlangen (Mischsystem aus EG 1- EG 11 TVöD und A 16 – A 13 BayBesO).
Dies ergibt rechnerische Durchschnittskosten von **3130 € pro Monat**.

1.3. Monetarisierung von Vakanzen = dreimonatige Wiederbesetzungssperre

$3.130 \text{ €} \times 3 \text{ Monate} \times 70 \text{ Fälle} = 657.300 \text{ €}$

Bereinigung um 10 %

(= Stellen, bei denen Vakanz aus dringenden sachlichen Gründen nicht vertretbar)

$657.300 \text{ €} - 10 \% = \mathbf{591.570 \text{ €}}$

(Der Vorschlag von Rödl & Partner geht zwar in seiner Begründung von einer ausnahmslosen Anwendung einer Wiederbesetzungssperre aus, zieht aber bei der Ermittlung des Einsparpotentials 10% für Ausnahmen ab.)

2. Alternativvorschlag der Verwaltung

2.1. Inhalt

Neben dem bereits bestehenden System einer konsequenten Bedarfsprüfung bei jeder Stellenwiederbesetzung wird vorgeschlagen für jede anstehende Stellenwiederbesetzung eine **spezifische Budgetkürzung des Personalkostenbudgets** des betreffenden Fachamtes **für 2 Monate** vorzunehmen

(alle Dienststellen außer den städtischen Schulen und Amt 51 analog dem Vorschlag von Rödl & Partner)

Die Budgetkürzung erfolgt automatisch zentral durch das Personal- und Organisationsamt bei Personalfluktuatation. **Es gibt keine Ausnahmetatbestände.**

2.2. Folgen

Es verbleibt in der Entscheidungskompetenz der jeweiligen Amtsleitung, ob der Vakanzzeitraum vertretbar ist oder ob die wieder zu besetzende Stelle nahtlos besetzt werden soll. Die Ämter sind somit in der Lage personellen Sondersituationen, individuellen Überlastungen und auch aufgaben-/stellenbezogenen Wissensbewahrungsprozessen Rechnung zu tragen.

Personalkosten für den Zweimonatszeitraum müssen jedoch zwingend aus dem Fachamtsbudget getragen werden, da die Budgetkürzung in jedem Fall erfolgt. Auch der Alternativvorschlag stellt einen zusätzlichen Eingriff in die Budgethoheit der Ämter dar, die Grundzüge der Budgetierung bleiben aber erhalten, da eine Entscheidungsfreiheit der Ämter aufrechterhalten wird.

2.3. Finanzielles Einsparpotential

Die Berechnung des Einsparpotentials erfolgt auf Basis der Grundzahlen unter Nr. 1 und ergibt einen kalkulatorischen Betrag von:

$\mathbf{3.130 \text{ €} \times 2 \text{ Monate} \times 70 \text{ Fälle} = 438.200 \text{ €}}$

Darüber hinaus ergibt sich noch ein Einsparpotential aus der konsequenten Bedarfsprüfung im Zuge jedes Wiederbesetzungsverfahrens, welches sich als Jahresbetrag nur schwer belastbar beziffern lässt, kalkulatorisch aber mit zusätzlich ca. 50.000 € angesetzt werden kann.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
IV. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
VI/241/GSL

Verantwortliche/r:
Frau Sabine Gebhardt

Vorlagennummer:
241/022/2010

Budget des GME im Haushalt 2011 und dessen Auswirkungen aufgrund nicht berücksichtigter Nachmeldungen der Verwaltung

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Aufgrund des bisher vorgesehenen Budgets des GME im Haushaltsjahr 2011

- ⇒ werden im Haushaltsjahr 2011 aufgrund nicht berücksichtigter Nachmeldungen der Verwaltung je Quadratmeter (NGF) durchschnittlich nur noch 4,39 € für die Instandhaltung des Gebäudebestandes zur Verfügung stehen.
- ⇒ wird der Ansatz für Maßnahmen zur Energieeinsparung - in den Vorjahren jeweils mit 150 000 € veranschlagt – im Haushaltsjahr 2011 auf 0 heruntergefahren.

II. Sachbericht

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- 1) Ausgehend von einer Nettogrundfläche (NGF) von rund 390 000 qm im Bestand verbleiben für

- Substanzerhaltung (Wartung, Inspektion und Instandsetzung),
- Schönheitsreparaturen und
- anforderungsgerechte Nutzeranpassungen (Aus- und Umbauten, z. B. für Schallschutz)

aller Gebäude und der Außenanlagen jährlich durchschnittlich nachstehend aufgeführte Mittel je Quadratmeter (NGF):

HH 2009	Ansatz 3 807 200 €	9,76 €
HH 2010	Ansatz 2 755 400 €	7,19 €
HH-Entwurf 2011	Ansatz 2 581 900 €	6,62 €

HH 2011, sofern nur die von der Kämmerei aufgenommenen Nachmeldungen der Verwaltung berücksichtigt werden

Ansatz 1 710 550 € **4,39 €**

Ein im Jahr 1984 von der KGSt veröffentlichter Bericht¹ empfiehlt, jährlich 1,2 Prozent der Wiederbeschaffungszeitwerte² aller Objekte für die Instandhaltung anzusetzen. Das pauschale Verfahren, welches der Ermittlung bereitzustellender Instandhaltungsbudgets dient, basiert auf der Formel

Wiederbeschaffungszeitwerte aller Gebäude × 1,2 Prozent.

Der Wert aus den 80ern wurde im jüngst erschienenen KGSt-Bericht 7/2009 „Instandhaltung kommunaler Gebäude“ bestätigt. Zudem wird die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Gebäude im 4. Jahrzehnt ihres Lebenszyklus empfohlen.

Legt man mangels vorhandener Wiederbeschaffungszeitwerte ersatzweise die Normalherstellkosten mit durchschnittlich 2 000 €/qm zu Grunde, ergibt sich ein geschätzter Bedarf in Höhe von jährlich 9 360 000 €. Auf den Quadratmeter bezogen sind es **24,00 €**, die laut KGSt jährlich für Instandhaltung angesetzt werden sollten.

- 2) Der Ansatz für Maßnahmen zur Energieeinsparung - in den Vorjahren jeweils mit 150 000 € veranschlagt - wird 2011 auf 0 herunter gefahren.

Ein Teufelskreis: Werden keine Maßnahmen durchgeführt, welche die Unterhaltskosten der Gebäude senken (z. B. Dämmmaßnahmen), werden weiterhin Mittel in den laufenden Betrieb gesteckt, die andernfalls nachhaltig investiert werden könnten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Kommt das GME seinen Aufgaben und Verpflichtungen wie bisher nach, verbleiben für den Bauunterhalt in 2011 lediglich 1,71 Mio. €.

1. Nicht aufgenommene Nachmeldungen in der Nachmeldeliste

Der Kämmerei wurden neben dem Ausgleich des Verlustvortrages aus 2009 in Höhe von 196 421,89 € weitere 977 000 € nachgemeldet. Berücksichtigt wurden 259 000 €, die aufgrund von Beschlüssen in die Nachmeldeliste aufgenommen werden mussten. Dem GME entstehen in 2011 nicht finanzierte Mehrkosten und damit ein **Defizit** in Höhe von **718 000 €**.

2. Bewirtschaftung des allgemeinen Grundvermögens

Der Konsolidierungsvorschlag K61 im Gutachten der KGSt sieht vor, dass ausgewählte Objekte des allgemeinen Grundvermögens veräußert werden. Nach wie vor werden all diese Objekte vom GME bewirtschaftet, da bislang keines abgestoßen wurde. Dennoch wurden die Ansätze im Haushalt 2010 umgehend gekürzt. Es ergibt sich im GME ein **Defizit** in Höhe von **66 000 €**.

3. Gebäudereinigung

Die eingezogenen Stellen für Reinigungskräfte haben eine Fremdvergabe zur Folge, deren Kosten nicht mehr aus den eingesparten Personalkosten refinanziert werden.

Beispiel:

Personalkosten 2009 für die Gebäudereinigung im Frankenhof	76 884 €
Kosten Fremdleistungen für Vertretungsstunden in 2009	37 643 €

Die Kosten der ersten versuchsweisen Vergabe des Frankenhofes betragen 53 500 €. Die Kosten im Frankenhof werden sich in Abhängigkeit der Übernachtungszahlen insgesamt auf bis zu 125 000 € p. a. belaufen. Das **Defizit** in Höhe von **87 350 €** ist nicht finanziert.

¹ KGSt-Bericht 9/1984 „Hochbauunterhaltung: Richtwerte und Gestaltungsvorschläge zur Mittelbemessung, Maßnahmenplanung und Mittelbereitstellung“

² Unter Wiederbeschaffungszeitwert ist hier der Preis zu verstehen, der zum Bewertungszeitpunkt für die Erneuerung eines vorhandenen Vermögensgegenstandes durch einen solchen gleicher Art und Güte (= gleicher Standard, nicht gleichermaßen abgenutztes Objekt) gezahlt werden müsste.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Kompensierung der Defizite erfolgt zwangsläufig durch Einsparungen im Bauunterhalt. Eines der wichtigsten strategischen Ziele des GME „den großen Sanierungsstau abzutragen“, wie es die Budgetierungsregeln seit Gründung des GME vorsehen (vgl. „Regeln für die Budgetierung 2010“ auf S. 342 im HH-Plan 2010) ist mit den derzeit vorhandenen Ressourcen keinesfalls zu erreichen. Im Gegenteil, der Gesamtzustand der Gebäude wird sich weiterhin zunehmend verschlechtern, da die vorgesehenen Mittel weder für die erforderliche Instandhaltung geschweige denn für den Abbau des Instandhaltungsstaues reichen. Die Einsparungen stehen im krassen Gegensatz zur Aussage der KGSt „Eine sachgerechte Instandhaltungsstrategie leistet einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.“³

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Um das Niveau im Bauunterhalt halten zu können, welches im Haushaltsentwurf 2011 vorgesehen war, sind die Ansätze des GME im Ergebnishaushalt 2011 um insgesamt 900 000 € zu erhöhen. Sollen Energieeinsparmaßnahmen weiterhin durchgeführt werden, sind zusätzlich 150 000 €, also insgesamt **1 050 000 €** erforderlich.

- | | | |
|---|---|----------------|
| - | Kompensation des korrigierten Verlustvortrages | - 196.421,89 € |
| - | Ersatzfläche Theaterverwaltung | |
| | Anmietkosten für 7 Monate | - 29.400,00 € |
| | Anbindung an das städtische Netz - Inhouseverkabelung | - 20.000,00 € |
| - | Anmietkosten | |
| | Lagerfläche HEKA für Galerie | - 7.200,00 € |
| | Zusätzlicher Stellplatz Abt. 513, Karl-Zucker-Str. 10 | - 220,00 € |
| - | Bewirtschaftungskosten der Gebäude | |
| | Erhöhung Kanalgebühren | - 32.200,00 € |
| | Erhöhung Energiepreise | - 331.000,00 € |
| - | Kabelmanagement | -30.000,00 € |
| - | Überprüfung von Abwasseranlagen gemäß Entwässerungssatzung | -100.000,00 € |
| - | Bewirtschaftung des allgemeinen Grundvermögens | |
| | Umsetzung des Konsolidierungsvorschlages K61 im Gutachten der KGSt bisher nicht erfolgt | -66.000,00 € |
| - | Gebäudereinigung | |
| | Mehrkosten durch Stelleneinzug aufgrund Fremdvergabe | -87.500,00 € |
| - | Maßnahmen zur Energieeinsparung | -150.000,00 € |

nachrichtlich:

Veranstaltungsmanagement

Die Kosten für das Veranstaltungsmanagement im Bürgerpalais Stutterheim und im Aurachsaal können erst beziffert werden, wenn Daten über einen repräsentativen Zeitraum vorliegen.

Stellungnahme von Amt 20 zur Vorlage 241/022/2010 „Budget des GME im Haushalt 2011“

Durch die Nachmeldungen der Verwaltung einschließlich der Korrektur bei den Mieterträgen

³ Quelle: Instandhaltung kommunaler Gebäude – Budgets ermitteln und Aufwand für Folgejahre planen. KGSt-Bericht 7/2009, S. 11 [Das GME berichtete über diesen KGSt-Bericht in der MzK „Instandhaltung kommunaler Gebäude“, die am 2. März 2010 in den BWA eingebracht wurde.]

wird das Sachmittelbudget von Amt 24/GME von 12.408.500 EURO im Jahr 2010 auf 13.218.900 EURO im Jahr 2011 aufgestockt.

Für den Kämmererentwurf des Haushalts 2011 wurde nur der finanzielle Rahmen des Budgets vorgegeben. Die Einzelveranschlagung der Budgetmittel, also die Zuordnung von Planansätzen auf einzelne Sachkonten, bleibt dem Fachamt überlassen. Diese Freiheit bei der Verteilung der Budgetmittel ist elementarer Grundgedanke bei der Budgetierung. Damit steht es selbstverständlich dem GME frei, einen Planansatz für Energiesparmaßnahmen innerhalb des vorgegebenen Budgetrahmens mit Mitteln auszustatten. Die Kämmerei erkennt nicht, dass eine derartige Mittelausstattung mit geringeren Ansätzen innerhalb des Budgets bei sonstigen Maßnahmen verbunden wäre.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Stadt Erlangen nicht nur aus dem Budgetansatz „Energiesparmaßnahmen“ Ausgaben mit diesem Verwendungszweck finanziert. Beispielsweise sind in den Ansätzen für das Schulsanierungsprogramm Mittel enthalten, die z.B. zur Ausführung von Wärmedämmmaßnahmen an der entsprechenden Schule dienen.

Das Sachmittelbudget von Amt 24/GME betrug im Vorjahr 12.408.500 EURO. Hierin sind für einmalige und größere Unterhalts-Maßnahmen Sondermittel in Höhe von 1.543.000 EURO enthalten (siehe Budgetdokumentation). Die Kämmerei geht davon aus, dass mit Abschluss der Maßnahmen diese Sondermittel frei werden.

Im Einigungsgespräch hat die Kämmerei den hohen Mittelbedarf bei Amt 24/GME anerkannt. Aus diesem Grund verblieben einerseits die Sondermittel im Budget von Amt 24/GME, zum anderen wurde die **pauschale Sparvorgabe zurückgenommen**. Darüber hinaus wurde das Budget von Amt 24/GME um zusätzliche Sondermittel für eine Schulmensa (150.000 EURO) und für den Bauunterhalt der Heinrich-Lades-Halle (500.000 EURO) erhöht.

Die Hinweise des GME zu den Mieterträgen sind im Abstimmungsskript als Nachmeldung der Verwaltung (Korrektur) umgesetzt.

Der KGSt-Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung wurde von Fachausschuss und Stadtrat abgestimmt. Als finanzielle Konsequenz wurde das Sachmittelbudget von Amt 24/GME in 2010 um 66.000 EURO reduziert. Sollte sich dieses Einsparpotential nicht realisieren lassen, wird sich die Kämmerei einem entsprechenden Vorschlag auf eine Bereinigung der Budgetabrechnung 2010 nicht versagen.

Da nach Angabe des Fachamts die Kosten für die Fremdreinigung in Abhängigkeit von den Übernachtungszahlen im Frankenhof stehen, schlägt die Kämmerei vor, das Ergebnis 2011 abzuwarten. Falls ein Ausgleich innerhalb des Sachmittelbudgets von Amt 24/GME nicht möglich ist, ist über eine Nachbesserung (Budgetaufstockung, Mittelnachbewilligung) zu entscheiden.

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/63

Verantwortliche/r:
Bauaufsichtsamt

Vorlagennummer:
63/124/2010

Antrag zum Arbeitsprogramm 2011 - Prüfung von Brandschutznachweisen; hier: Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkaus- schuss für den Entwässe- rungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Beschluss	
Haupt-, Finanz- und Perso- nalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

Amt für Gebäudemanagement, Stadtkämmerei

I. Antrag

1. Der Sachbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion ist damit bearbeitet.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei geeigneten Bauvorhaben die Prüfung des Brandschutzes durch einen Prüfsachverständigen bescheinigen zu lassen. Die hierfür erforderlichen zusätzlichen Mittel sind zum Haushalt nachzumelden bzw. bei entsprechendem Bedarf unterjährig zu beantragen (Antrag auf Mittelnachbewilligung).

II. Begründung

Aufgrund der Novellierung der Bayerischen Bauordnung (BayBO) zum 01.01.2008 ist die Zahl an Sonderbauten gestiegen. Bei Sonderbauten muss der Brandschutz bauaufsichtlich geprüft oder von einem Prüfsachverständigen bescheinigt werden. Entgegen der Erwartung des Gesetzgebers werden nicht vorwiegend private Sachverständige mit der Prüfung des Brandschutzes beauftragt, sondern, da günstiger, die Bauaufsichtsbehörden. Bei entsprechendem Antrag des Bauherrn ist die Bauaufsichtsbehörde grundsätzlich verpflichtet, den Brandschutz zu prüfen.

Die Antragszahlen bei Sonderbauten haben sich wie folgt entwickelt:

2005	22
2006	46
2007	52
2008	103
2009	99
2010 (bis 15.12.2010)	67.

Seit Einführung der BayBO 2008 haben sich die Fallzahlen also etwa verdoppelt. In den Fallzahlen nicht enthalten sind die Vorgänge, in denen der Brandschutz ebenfalls geprüft werden muss (Nichtsonderbauten der Gebäudeklasse 5, Mittel- und Großgaragen, isolierte Abweichungen). Hierdurch wird die Mehrbelastung noch deutlicher.

Die Prüfung des Brandschutzes ist Pflichtaufgabe (eine Ablehnung der beantragten Brandschutzprüfung durch die Bauaufsichtsbehörde ist nur möglich, wenn es sich um ein besonders kompliziertes Bauvorhaben handelt, welches die fachliche Kompetenz einer personell ordnungsgemäß ausgestatteten Bauaufsichtsbehörde übersteigt) und wird derzeit von den einzelnen Bezirkssachbearbeiterinnen und -sachbearbeitern wahrgenommen.

Nachdem auch Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen nicht umsetzbar sind, wurde vom Bauaufsichtsamt ein **Antrag zum Stellenplan 2011** auf Schaffung einer neuen Planstelle für die Brandschutzprüfung gestellt. Diesem Antrag konnte aufgrund des vom Stadtrat beschlossenen Nullstellenplans nicht entsprochen werden. Auf die Anmerkungen im Arbeitsprogramm des Bauaufsichtsamtes (Arbeitsprogramme in gedruckter Form ab Seite 347) wird hingewiesen.

Es wird in gewissem Umfang möglich sein, die Brandschutzkonzepte für Kinderkrippen zeitlich vorzuziehen und beschleunigt zu prüfen. Dies wird aber zwangsläufig zu Lasten von anderen Bauanträgen gehen, bei welchen sich die Bearbeitungsdauer verlängern wird. Die Priorisierung der Prüfung von Krippen-Anträgen führt somit zu Nachteilen von Bauanträgen der Wirtschaft und privater Bauherren.

Grenze einer solchen Verzögerung ist jedoch § 75 der Verwaltungsgerichtsordnung, wonach Untätigkeitsklage erhoben werden kann, wenn über einen Antrag ohne sachlichen Grund nicht innerhalb von 3 Monaten entschieden wurde. Fehlende personelle Ressourcen sind grundsätzlich kein Grund, der als Rechtfertigung für eine längere Bearbeitungsdauer herangezogen werden kann. Wird die vorgenannte Grenze erreicht, ist ein zeitliches Vorziehen der Prüfung der Brandschutzkonzepte für Kinderkrippen nicht mehr möglich, um etwaige Klagen zu vermeiden.

Folgende weitere Maßnahme wird ergriffen:

Es werden standardisierte Anforderungen an die Erstellung von Brandschutzkonzepten gestellt, welche von den externen Brandschutzplanern beachtet werden müssen. So wird eine bessere Qualität der extern vergebenen Brandschutzkonzepte erreicht, was die Prüfung der Brandschutzkonzepte erleichtert.

Sofern nicht seitens der Politik für die Prüfung des Brandschutzes eine **Ausnahme vom Nullstellenplan** entsprechend des gestellten Antrags zum Stellenplan zugelassen wird, könnte bei geeigneten städtischen Bauvorhaben, bei denen eine Brandschutzprüfung erforderlich ist, die Prüfung des Brandschutzes an einen Prüfsachverständigen vergeben werden. Die dafür erforderlichen **zusätzlichen Haushaltsmittel** müssten nachbewilligt werden. Eine Aussage darüber, bei welchen konkreten Vorhaben eine Vergabe nach außen erfolgen kann, ist derzeit allerdings noch nicht möglich.

Anlage: Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion

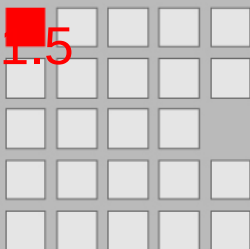
III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.11.2010

Antragsnr.: 153/2010

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: VI/63/Hr. v. Lackum

mit Referat: VI/24/Hr. Kirschner

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Antrag zum Arbeitsprogramm des Bauaufsichtsamtes
Brandschutz-Gutachten für Krippenprojekte**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fallzahlen im Brandschutz haben sich gegenüber früher verdoppelt. Die Prüfungen hierfür werden aus Kostengründen bei den Bauaufsichtsbehörden beantragt.

Beim Ausbau von Krippenprojekten, diese sind Sonderprojekte, wird es zwangsläufig zu Verzögerungen bei deren Genehmigung kommen, wenn die Aufgabenerledigung nicht anders als bisher organisiert wird.

Wir beantragen daher:

Die Verwaltung legt dar, wie Verzögerungen insbesondere bei Krippenprojekten vermieden werden können.

Datum
30.11.2010

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Mit freundlichen Grüßen

Seite
1 von 1

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13-2/ssa/T. 2813

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-2/077/2011

Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse für die Fraktionen hier: Antrag Nr. 119/2010 der Fraktion Erlanger Linke

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Berechnung der Geschäftsführungszuschüsse der Stadtratsfraktionen nach § 3 Abs. 2 der Gemeindefestsetzung der Stadt Erlangen bleibt unverändert.
Der Antrag Nr. 119/2010 der Fraktion Erlanger Linke ist bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Stadt Erlangen gewährt zur Unterstützung der Stadtrats- und Fraktionsarbeit den im Stadtrat vertretenen Parteien und Wählergruppen neben der kostenlosen Überlassung von Räumen laufende Geschäftsführungszuschüsse.

Die Fraktionszuschüsse werden vor allem bei den größeren Fraktionen überwiegend dazu verwendet die Bezahlung der Geschäftsführung der Fraktion sicherzustellen. Da die Geschäftsführer analog des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) bezahlt werden, werden die Fraktionszuschüsse analog zu den allgemeinen prozentualen Steigerungen des TVöD erhöht.

Durch die progressive Kürzung der Fraktionszuschüsse, beginnend mit 10 %, sollen sich nach Antrag der Fraktion Erlanger Linke alle Fraktionen an den notwendigen Haushalts-Einsparungen beteiligen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Eine Kürzung der Fraktionszuschüsse wurde zuletzt im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen geprüft und abgelehnt. Eine Änderung der Sachlage ist nicht erkennbar.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

werden nicht benötigt



sind vorhanden auf IvP-Nr.

bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk



sind nicht vorhanden

Anlagen: Antrag Nr. 119/2010 der Fraktion Erlanger Linke

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 15.11.2010
Antragsnr.: 119/2010
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/13/Hr. Schmitt
mit Referat:

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
 Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789
 fax 09131/86-1791
 e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>

Erlangen, den 15.11. 2010

Antrag:

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Hiermit beantragen wir die progressive Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse für die Fraktionen, beginnend mit 10%.

Begründung:

Von der Stadtratsmehrheit wurden die Ämter verpflichtet, Kürzungsvorschläge einzureichen. Ebenso wurde ein externer Berater für eine fünfstellige Summe beauftragt, angebliche Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen. Unserer Auffassung nach sollten auch die im Stadtrat vertretenen Fraktionen aus ihrer Forderung an die Ämter die Konsequenzen ziehen, und ebenfalls einsparen.

Mit freundlichen Grüßen,

Frank Heinze
 Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/WA

Verantwortliche/r:
Ute Weis

Vorlagennummer:
II/072/2010

Ausbildungsbericht 2010

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Schulen, Agentur für Arbeit, Kammern, Unternehmen, Berufsschule, Jugendamt, GGFA, JAZ e. V., Gewerkschaft, Landratsamt Erlangen-Höchststadt

I. Antrag

Vom Ausbildungsbericht 2010 über die Lehrstellensituation und die Aktivitäten der Stadt über den JAZ e. V. wird Kenntnis genommen. Es besteht Einverständnis, dass das Übergangsmanagement fortzuführen, das Kommunale Beratungs- und Informationsbüro auszubauen und die Akquise- und Vermittlungstätigkeiten weiterzuführen sind.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Steigerung der Ausbildungsfähigkeit bei jugendlichen EntlassschülerInnen der Erlanger Hauptschulen

Unterstützung bei der Entwicklung von Einmündungsperspektiven für SchülerInnen jedweden Schultyps (im KOMBI-Büro)

Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätze nach Bedarf

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Fortführung des Übergangsmanagements an den Erlanger Hauptschulen

KOMBI: Fortführung der Informations-, Beratungs- und Vermittlungsleistung des Kommunalen Beratungs- und Informationsbüros rund um Ausbildung

Außerschulischer Kooperationspartner der staatlichen Berufsschule Erlangen zur Betreuung der Schülerinnen und Schüler in den beiden Berufsvorbereitungsjahren

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Einsatz von Sozialpädagoginnen an den Hauptschulen vor Ort in Kooperation mit den Schulleitern, Jugendsozialarbeitern und Lehrkräften

Fortführung des Beratungs- und Vermittlungsprozesses im KOMBI

Qualifizierung und Betreuung der Schülerinnen und Schüler des Berufsvorbereitungsjahres

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€ 50.000,--	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
- ☒ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- ☐ sind nicht vorhanden

Zusammenfassung

1 Der Erlanger Ausbildungsmarkt (Daten der Arbeitsagentur)

- Seite 4 -

Zunahme der Ausbildungsplätze um 7,1% gegenüber dem Vorjahr
(in 2009 Rückgang um 15,6%, in 2008 Rückgang um 2,7%)

Zunahme der BewerberInnen um 12,4% zum Vorjahr
(in 2009 Rückgang um 23,5%, in 2008 Rückgang um 1,6%)

Im Geschäftsstellenbezirk weniger Stellen als Bewerber (1250:1383, Vj. 1167:1230, Vvj. 1383:1378)

Unversorgte Jugendliche zum 30.09.2010: 53 (2009: 60, 2008: 4, 2007: 27)

Nicht besetzte Ausbildungsstellen zum 30.09.2010: 122 (2009: 58, 2008: 78, 2007: 52)

2 Jugendliche EntlassschülerInnen auf dem Erlanger Ausbildungsmarkt - Seite 5 - (Daten der Erlanger Hauptschulen)

Ausbildungsquote in den drei Erlanger Hauptschulen: 32,4% (Vorjahr 27,0%, Vvj. 23,0%)

Anteil jugendlicher EntlassschülerInnen mit qualifizierendem Hauptschulabschluss: 51,2% (Vj. 54,8%)

Hauptschulabsolventen in der staatlichen Berufsschule ohne Ausbildungsvertrag: 61 (Vj. 89, Vvj. 96)

3 Übergangsmanagement

- Seite 5 -

Umsetzung des Übergangsmanagements in den Erlanger Hauptschulen:

264 SchülerInnen – Vj. 320 (Eichendorff-Hauptschule, Ernst-Penzoldt-Hauptschule, Grund- und Hauptschule Büchenbach Nord, Hermann-Hedenus-Hauptschule)

Schüler im Übergangsmanagement 2009/2010: **186** (Vj. 225, Vvj. 169)

davon:

Wiederholer: 18% (Vj. 15%), Ausbildung: 47% (Vj. 39%), weiterführende Schule: 12% (Vj. 13%), Staatliche Berufsschule Erlangen: 18% (Vj. 23%)

4 Kommunales Beratungs- und Informationsbüro – KOMBI

- Seite 12 -

- Beratungs- und Unterstützungsangebote
- Hilfen bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen

5 Akquise- und Vermittlungsleistung des JAZ e.V. in 2007

- Seite 13 -

Abgeschlossene Verträge: 48 (Vorjahr 50)

Angesprochene Unternehmen, akquirierte Plätze: 48 (Vorjahr 55)

6 GGFA Bericht – Jugend in Ausbildung 2009

- Seite 13

Vermittlung in Ausbildung 43 (Vj. 55) und in schulische Ausbildung 28 (Vj. 19) von insges. 98 (Vj. 118) ausbildungswilligen und –fähigen Jugendlichen

7 Zahlen der Berufsberatung

- Seite 15 -

1. Zur Ausbildungssituation in der Geschäftsstelle Erlangen der Agentur für Arbeit

Bei der Berufsberatung gemeldete Berufsausbildungsstellen und Bewerber/innen (2010):
Daten der Arbeitsagentur für das Stadtgebiet und Teile des Landkreises Erlangen-Höchstadt:

	März	Mai	Juni	August	September
Berufsausbildungsstellen	887	1.034.	1.097	1.204	1.250
Bewerber/innen	996	1.167	1.252	1.346	1.383
Noch nicht besetzte Ausbildungsstellen (noSt)	543	511	464	341	122
Noch nicht vermittelte Bewerber/innen (nvB)	568	541	491	229	53
B:ST Relation	100:89	100:89	100:88	100:89	100:90
nvB:noSt Relation	100:95	100:94	100:95	100:149	---

Quelle: Arbeitsagentur Nürnberg, Information und Controlling (im Jahr 2009 nur quartalsweise Erstellung der Berichte)

Im Vorjahresvergleich stieg das Angebot an Ausbildungsplätzen im September um +7,1% (1.167 Stellen im September 2009), die Zahl der BewerberInnen um 12,4% (1.054 BewerberInnen im September 2009).

Insgesamt wurde der Agentur für Arbeit Nürnberg mit ihren Geschäftsstellen in Erlangen, Fürth, Lauf und Schwabach 7.904 Berufsausbildungsstellen gemeldet, dies sind 664 oder 9,2% weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die der Agentur für Arbeit Nürnberg gemeldeten Ausbildungsstellen der Industrie- und Handelskammer für Mittelfranken betrugen 5.212. Das sind 406 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der von der Handwerkskammer für Mittelfranken an die Arbeitsagentur gemeldeten Ausbildungsplätze betrug 1.456. Das ist eine Steigerung von 84 im Vergleich zum Vorjahr.

Stellenmeldungen nach Berufsbereichen im Geschäftsstellenbezirk Erlangen:

	<u>Stellen</u>	<u>Veränderungen in %</u>
Pflanzen, Landwirtschaft	13	30,0
Metallberufe	180	25,0
Elektroberufe	37	-11,9
Ernährungsberufe	83	- 1,2
Bau- u. Baunebenberufe einschl. Tischler	45	60,7
Druckberufe u. übrige Fertigungsberufe	25	38,9
Textil-, Bekleidungs- und Lederberufe	---	---
Technische Berufe	30	- 26,8
Waren- u. Dienstleistungskaufleute	370	6,3
Verkehrsberufe	24	84,6
Org.-, Verwaltungs- u. Büroberufe	225	- 3,4
Hausw. u. Reinigungsberufe	119	- 4,0
Übrige Dienstleistungsberufe	99	20,7

Förderleistungen der Agentur für Arbeit Nürnberg für das Berufsjahr 2009/2010:

- Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen: 112 Plätze
 - Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen: 30 Plätze
 - Ausbildungsbegleitende Hilfen: 159 Plätze
- 301 ges.

2. Die Situation für jugendliche EntlassschülerInnen auf dem Erlanger Ausbildungsmarkt

Verbleibsangaben der Erlanger Hauptschulen zum 31.07.2010

	Entlass-schüler ges.	Ausbildungs-vertrag	Ausbildungs-quote in %	Besuch weiter-führende Schule	Freiwillige Wieder-holer	BVJ oder Jung-arbeiterklasse sowie BGJ
10. Klasse	83	35	42,2	31	3	14
9. Klasse	211	71	34,0	33	46	61
8. Klasse	31	1	---	0	26	5
7. Klasse	2	0	---	0	2	0
Gesamt	327	106	32,4	64	77	71

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Ausbildungsquote um 5,4% (Quote 2009: 27%). In den 9. Klassen stieg die Quote um 9,5% (24,5%).

Schulabschlüsse

	Entlass-schüler ges.	Mittlerer Bil-dungs-abschluss	Qualifizierender Hauptschulab-schluss	Haupt-schul-abschluss	Ohne HS-Ab-schluss
10. Klasse	83	80	0	3	---
9. Klasse	211	---	108	92	11
8. Klasse	31	---	---	---	31
7. Klasse	2	---	---	---	2

In den 9. Klassen erreichen **51,2%** den qualifizierenden Hauptschulabschluss, im Vorjahr 54,8%.

Verbleib/Einmündungsergebnis

SchülerInnen in der staatlichen Berufsschule:

Berufsvorbereitungsjahr	32
Jungarbeiterklasse	29
gesamt	61

Das „Berufsvorbereitungsjahr“ kooperativ bereitet auf die Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses vor. In den beiden kooperativen Berufsvorbereitungsjahren übernimmt im Jahrgang 2010/2011 JAZ e.V. die außerschulische Betreuung der SchülerInnen. An 2,5 Tagen pro Woche erhalten die TeilnehmerInnen abgestimmte Förderung zur Entwicklung der Ausbildungsfähigkeit in den Berufsfeldern „gewerblich-technisch“ und „Büroorganisation/Hauswirtschaft“. SchülerInnen ohne Schulabschluss können bei entsprechender Leistung den einfachen Hauptschulabschluss erwerben. Bei entsprechender Leistungsbereitschaft können die SchülerInnen auch den Qualifizierenden Hauptschulabschluss als Externe ablegen.

Drei SchülerInnen konnten zu Beginn der Maßnahme bereits in eine Einstiegsqualifizierung vermittelt werden (Koch, Klimamechaniker, Bauzeichner). Der Einsatz des außerschulischen Kooperationspartners erfolgt nicht zeitgleich mit dem Beginn der Berufsschule. Die Zeit von 14.09. – 18.10. wurde jedoch für Einzelgespräche und Zielvereinbarungen genutzt. Der überwiegende Teil der SchülerInnen ist bereits über unser Übergangsmanagement bekannt, so dass die dort begonnene „Entwicklungsarbeit“ fortgesetzt werden kann.

3. Das Erlanger Übergangsmanagement

Im März 2007 startete das Erlanger Übergangsmanagement als Brücke zum Beruf in den Erlanger Hauptschulen.

Ziele sind:

- Entwicklung und Förderung der Ausbildungsfähigkeit
- Förderung der Berufswahlreife
- Entwicklung von Einmündungsperspektiven in den Ausbildungsmarkt
- Vermittlung in Ausbildung.

Methodisch beruht das Übergangsmanagement auf den Säulen Kompetenzfeststellung, Vermittlung

sozialer Kompetenzen, Förderung schulischer Kompetenzen und berufliche Orientierung. Dabei wird ein ressourcenorientierter Ansatz verfolgt, d.h. jeder Jugendliche bringt grundsätzlich Fähigkeiten, Neigungen und Eignungen als entwicklungsfähige Basis mit.

Der Verein JAZ e.V. führt das Übergangsmanagement als kommunales Angebot einer Brücke zum Beruf durch. Hierzu sind zwei Sozialpädagoginnen regelmäßig an den Schulen vor Ort, um mit den SchülerInnen der Jahrgangsstufe 8 – 10 zu arbeiten. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 83 SchülerInnen der 8. Klassen und 186 SchülerInnen der 9. Klassen betreut.

Das Übergangsmanagement findet in enger Kooperation mit den Schulleitern, den Klassenlehrern sowie der Jugendsozialarbeit an Schulen und den Berufsberatern der Arbeitsagentur statt.

Die Präsenz und die Kontinuität an den Schulen waren besonders wichtig, um den Kontakt zu den LehrerInnen und SchülerInnen herzustellen. Das Angebot von JAZ ist für die SchülerInnen freiwillig, weshalb ein großer Wert auf dem Aufbau einer Vertrauensbasis und einer intensiven Motivationsarbeit liegt, sodass die Angebote wahrgenommen werden.

Kontaktaufnahme

Die Kontakte zu den Schülern wurden auf verschiedene Arten hergestellt.

Die Minimalform des Kontaktes entstand im *Klassenkontext*. Bei regelmäßigen Terminen mit jeder Klasse wurden auf niedrigschwelligem Niveau Informationen weitergegeben, Fragen beantwortet und Informationen über den Stand der Bewerbungsprozesse eingeholt. Die Klassenlehrer waren üblicherweise gerne bereit, hierfür Zeit einzuplanen.

Neben den Klassenkontakten fanden häufig auch sogenannte *Kurzgespräche* statt. Diese dienten zum größten Teil der Übermittlung von kurzen Informationen oder der Klärung von Sachfragen. So wurden beispielsweise das Erledigen von Arbeitsaufträgen, Rückmeldungen aus dem Bewerbungsprozess, oder Terminvereinbarungen abgefragt oder auch kurze Fragen zur Ausbildungsvergütungen, Ausbildungsverträgen und rechtlichen Regelungen geklärt.

Eine besondere Bedeutung hatten jedoch die *Einzelgespräche*. Diese beleuchteten zunächst die Interessen und Fähigkeiten der SchülerInnen, wobei oft auf ihre persönliche und familiäre Situation eingegangen wurde, soweit die Bereitschaft und Notwendigkeit dazu bestand. Ziel dessen war es, den Schülerinnen und Schülern zu einer realistischen Einschätzung ihrer Stärken und Schwächen und somit zu einer realistischen Perspektiv-Planung zu verhelfen. Diese Art von Gesprächen stand oft am Anfang der Zusammenarbeit und leitete meist eine recht intensive Kooperation ein. Umfangreichere Einzelkontakte fanden im Rahmen eines längeren Beratungsverlaufes entweder im Berufsorientierungsbüro an den Schulen vor Ort statt oder auch im JAZ-Büro in der Innenstadt.

Inhalte dieser Einzelkontakte war zum Einen die Suche nach Praktikums- und/oder Ausbildungsstellen. Die Schüler erhielten eine Einweisung in die unterschiedlichen Suchmethoden. Sie konnten vor Ort Stellen recherchieren und ausdrucken und erhielten dabei Unterstützung und Anregung durch die zuständige Sozialpädagogin der jeweiligen Schule. Gemeinsam konnten dann individuell andere Methoden der Stellensuche besprochen und als Arbeitsauftrag mitgegeben werden.

Weiterhin hat sich gezeigt, dass besonders der Bewerbungsprozess für die Schülerinnen und Schüler schwer zu bewältigen ist, weshalb das Erstellen von aktuellen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, sowie die Vorbereitung auf Vorstellungssituationen und –gespräche einer der wichtigsten Bestandteile der Arbeit waren. Anhand des jeweils verfügbaren Materials wurden individuelle Bewerbungen für einzelne Betriebe (Praktikum oder Ausbildung) erstellt, bzw. existierende Bewerbungen korrigiert und überarbeitet, sodass die Schülerinnen und Schüler diese ausdrucken und zusammenstellen oder als Datei mit nach Hause nehmen konnten. Bei anstehenden Vorstellungsgesprächen gab es die Möglichkeit die zu erwartende Situation einzuüben und zu reflektieren. Bei Bedarf wurden auch verfügbare Unterlagen von Einstellungstests verwendet, um den SchülerInnen den Zugang zu erleichtern und ihnen die Angst vor neuen Situationen zu nehmen.

Gründe der SchülerInnen für die Kontaktaufnahme

Da es das allgemeine Ziel der Arbeit ist, den Jugendlichen den Einstieg in die Selbstständigkeit zu erleichtern und Zukunftsperspektiven zu eröffnen, ist eine eigene Initiative und Leistung der Schüler sehr wichtig für den Erfolg des Übergangsmanagements. Die Schülerinnen und Schüler der vier Hauptschulen kamen aus verschiedenen Gründen ins Berufsorientierungsbüro der jeweiligen Schule oder ins JAZ-Büro in der Stadt. Einige waren sich noch nicht über ihre berufliche Perspektive im Klaren und benötigten Unterstützung beim Finden eines passenden Berufswunsches, während andere Hilfe bei der Suche von geeigneten Praktikums- oder Ausbildungsplätzen suchten. Einige SchülerIn-

nen waren sehr weit in ihrer beruflichen Orientierung und kamen mit ganz gezielten Fragen zu Ausbildungsverfahren, Ausbildungsvergütungen oder rechtlichen Regelungen. Wieder andere hatten einen ganz allgemeinen Gesprächsbedarf oder nahmen die Hilfe beim Erstellen einer aussagekräftigen Bewerbung in Anspruch.

Intensität der Kontakte

Die Intensität der Kontakte ist an allen vier Schulen sehr unterschiedlich. Das Ziel des Übergangsmanagements ist es, mit Hilfe der jeweils zuständigen Pädagogin alle Schülerinnen und Schüler zu erreichen, doch durch den freiwilligen Charakter ergibt sich ein vielfältiges Bild.

Etliche SchülerInnen nutzten die Beratungs- und Unterstützungsangebote sehr regelmäßig, woraus eine starke Verbindlichkeit für beide Seiten entstand, da gemeinsam ein kontinuierlicher Prozess verfolgt, bzw. begleitet wurde. Einige SchülerInnen haben die Kontakte nur einen begrenzten Zeitraum bzw. mit geringer Intensität aufrecht erhalten, da es um konkrete Fragestellungen ging oder um Angebote, die keine allzu große Kontinuität erfordern. Wieder andere hatten kein Interesse an einer Zusammenarbeit oder zeigten zu wenig Eigeninitiative, sodass die Fortführung der Arbeit nicht möglich war. Für das fehlende Interesse an einer Zusammenarbeit gibt es verschiedene Gründe. Einige SchülerInnen hatten bereits eine sichere Aussicht auf einen Ausbildungsplatz in dem gewünschten Berufsfeld, bzw. einen bereits abgeschlossenen Ausbildungsvertrag, sodass der Bedarf nach einer weiteren Unterstützung nicht gegeben war. Andere SchülerInnen sahen jedoch schlicht und ergreifend keine Notwendigkeit, sich um die persönliche Perspektivplanung zu kümmern oder hatten einfach keine Lust sich mit dem Thema Ausbildung zu beschäftigen. Gründe dafür sind oft mangelnde Reife oder Motivationsmangel.

Insgesamt haben 179 von 186 SchülerInnen und somit 96% der Jahrgangsstufe 9 gezielt die Angebote des Übergangsmanagements genutzt. Bei 46 von ihnen war der Kontakt weniger intensiv (1-3 Termine), bei 133 SchülerInnen dagegen sehr intensiv (4-27 Termine).

Von insgesamt 78 SchülerInnen der 8. Jahrgangsstufe haben 52 SchülerInnen und somit 66% das Übergangsmanagement genutzt. Dabei war der Kontakt bei 37 von ihnen weniger intensiv (1-3 Termine), bei 15 SchülerInnen sehr intensiv (4-12 Termine).

Verbleib der SchülerInnen der Jahrgangsstufe 9

Von den insgesamt 186 SchülerInnen des Abschlussjahrganges 2010 haben 47% den qualifizierenden Hauptschulabschluss gemacht, 45% den erfolgreichen Hauptschulabschluss und 8% haben die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Von allen 78 SchülerInnen mit Migrationshintergrund haben 37 den qualifizierenden, 28 den erfolgreichen und 3 gar keinen Hauptschulabschluss gemacht.

Insgesamt können von den 186 Schülerinnen und Schülern des Abschlussjahrganges 2010 der vier Erlanger Hauptschulen 54% als erfolgreich vermittelt bezeichnet werden. Von diesen 54% konnten 25% in eine duale Ausbildung vermittelt werden, 17% bekamen einen Platz an einer der im Umkreis liegenden Berufsfachschulen, um dort eine schulische Ausbildung zu absolvieren und jeweils 6% wechselten auf die Wirtschaftsschule oder aufgrund ihres guten qualifizierenden Abschlusses in einer der 10M Klassen, um im Sommer 2011 die Mittlere Reife zu erlangen.

Dabei sind 33% aller SchülerInnen mit einem Hauptschulabschluss erfolgreich vermittelt worden, 81% mit einem qualifizierenden Abschluss und 6% ohne Abschluss.

Von diesen erfolgreich vermittelten SchülerInnen haben 35% einen Migrationshintergrund, was insgesamt 51% aller Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund ausmacht. Von den deutschen Schülerinnen und Schülern wurden insgesamt 55% erfolgreich vermittelt.

Ergebnis gesamt (Angaben in %)

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BVJ	JoA	WS	10M	BGJ	BFS	EQJ	A	Son
o.A.	8	2	1	3	1	3	0	0	0	0	1	1	1
HS	45	22	3	15	8	1	0	0	1	6	2	9	5
Quali	47	19	4	0	7	0	6	6	1	11	0	15	1
gesamt	100	42	8	18	15	3	6	6	2	17	3	25	6

Ergebnis des Übergangsmanagements im Schuljahr 2009/2010

9. Klassen

In %	Eichendorff-HS		Ernst-Penzoldt-HS		Mönau-Schule		Hermann-Hedenus	
	09/10	08/09	09/10	08/09	09/10	08/09	09/10	08/09
o. A. (1)	10	13	15	4	0	3	0	2
HS (2)	57	34	40	48	43	34	32	36
Quali	33	53	45	48	57	63	68	62
Mig (3)	67	53	42	53	22	35	9	25
SGB (4)	13	22	0	16	16	25	0	4
Wdh (5)	22	18	18	13	14	14	14	9
BS (6)	25	18	9	37	25	24	12	14
w. S. (7)	12	10	16	10	9	14	14	20
Ausb.(8)	36	41	49	33	47	40	60	48
Son. (9)	5	13	8	7	5	8	0	9
S. (10)	60	86	60	60	44	35	22	44
S Af (11)	36	51	34	43	32	22	16	28
A Af (12)	58%	69%	85%	47%	66%	64%	81%	75%

(1) ohne Abschluss, (2) Hauptschulabschluss, (3) Migrationshintergrund, (4) Hartz IV Bezug, (5) Wiederholen der 9. Klasse, (6) Berufsvorbereitungsjahr oder Jungarbeiterklasse an der Berufsschule, (7) Wechsel in die Wirtschaftsschule oder in den M-Zweig der Hauptschule, (8) Ausbildung in einer Berufsfachschule, Einstiegsqualifizierung oder duale Ausbildung, (9) Wegzug, FSJ, Motterschutz, (10) Schüler gesamt absolut, (11) ausbildungsfähige Schüler absolut, (12) Ausbildungsquote in Bezug auf ausbildungsfähige Schüler in Prozent

(11) Ausbildungsfähige Schüler = Schüler gesamt abzüglich Wiederholer, weiterführende Schule und Sonstige.

	2009/2010	2008/2009
Schüler gesamt	186	225
Ausbildungsquote gesamt	47%	37%
Ausbildungsfähige Schüler gesamt	118	144
Ausbildungsquote in Bezug auf Ausbildungsfähigkeit gesamt	71%	63%

Ernst-Penzoldt-Hauptschule

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 102 Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Jahrgangsstufe betreut und beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung unterstützt. Allgemein wurde das Übergangsmanagement sehr gut angenommen und die SchülerInnen schätzten die Arbeit von JAZ e.V. an der Schule sehr.

Die regelmäßige Anwesenheit von JAZ e.V. an der Schule sowie die gute Zusammenarbeit mit den LehrerInnen, dem Schulsozialpädagogen und der Schulpsychologin vereinfachten die Kontaktaufnahme und ermöglichten das Eingehen auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Schülerinnen und Schüler.

Jahrgangsstufe 8

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 42 Schülerinnen und Schüler (23 Jungen und 19 Mädchen) der 8. Jahrgangsstufe betreut. Obwohl die Schüler sich noch nicht konkret um einen Ausbildungsplatz bewerben müssen, wurden Vorarbeiten geleistet, um sie für den Ausbildungsmarkt fit zu machen. Neben jeweils 13 – 16 Terminen pro Klasse, in denen der erste Kontakt zu den SchülerInnen hergestellt wurde und offene Fragen geklärt wurden, spielten hier die Einzelkontakte mit den SchülerInnen eine besonders große Rolle. Die Schüler nutzten die Einzelkontakte, um erste Probe-Bewerbungen zu schreiben und ihren eigenen Lebenslauf zu erstellen. Außerdem bekamen sie schon erste Informationen über Bewerbungsverfahren und die verschiedenen Möglichkeiten, die ihnen nach der 9. Klasse offen stehen. Neben den Einzelgesprächen im Berufsorientierungsbüro des JAZ e.V. an der Schule nutzten 14 Schülerinnen und Schüler zusätzlich das Angebot persönlicher Termine im JAZ-Büro in der Stadt. Im Durchschnitt nahmen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zum Einzelkontakt rund 5 mal in Anspruch, dabei variierte die Häufigkeit der Einzelkontakte zwischen 0 und 12.

Jahrgangsstufe 9

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 60 SchülerInnen (26 Jungen und 34 Mädchen) der 9. Jahrgangsstufe betreut. In den jeweils 13 – 16 Terminen pro Klasse wurde zunächst der Kontakt zu den SchülerInnen hergestellt. Später ging es besonders um die Motivation der Schüler sowie um die Klärung wichtiger Fragen. Doch von besonderer Bedeutung waren die Einzelkontakte mit jedem Schüler. Dabei nutzten 16 SchülerInnen nicht nur die Einzelgespräche im Berufsorientierungsbüro des JAZ e.V. an der Schule, sondern vereinbarten zusätzlich persönliche Termine im JAZ-Büro in der Stadt. Im Durchschnitt kamen die Schülerinnen und Schüler rund 8 Mal zu einem Einzelgespräch ins JAZ-Büro und/oder in das Berufsorientierungsbüro in der Schule. Die tatsächliche Häufigkeit der Einzelkontakte variierte dabei je nach Bedarf zwischen 1 und 27. Durch die Einzelkontakte bekamen die SchülerInnen Informationen über Berufsbilder, Bewerbungsverfahren und die Anforderungen einer Berufsausbildung, sowie über die verschiedenen Berufsfachschulen oder andere schulische bzw. berufliche Perspektiven. Außerdem wurden sie bei dem Erstellen und Gestalten von aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen unterstützt.

Ergebnis gesamt (Angaben in %)

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BJV	JoA	WS	10M	BGJ	BFS	EQJ	A	Son
o.A.	15	0	0	8	2	2	0	0	0	0	2	0	2
HS	40	13	0	10	5	0	0	0	3	5	3	7	7
Quali	45	15	0	0	0	0	3	13	0	17	0	12	0
gesamt	100	42	0	18	7	2	3	13	3	22	5	19	9

Hermann-Hedenus-Hauptschule

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 73 Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Jahrgangsstufe betreut und beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung unterstützt. Anfangs wurde das Übergangsmanagement etwas zögerlich angenommen, doch nachdem deutlich wurde, dass JAZ nicht vor Ort ist, um die Arbeit der schuleigenen Sozialpädagogen zu übernehmen, lief die Zusammenarbeit sehr gut.

Die regelmäßige Anwesenheit von JAZ e.V. an der Schule sowie die gute Zusammenarbeit mit den LehrerInnen, ermöglichten eine kontinuierliche Kontaktaufnahme zu den Schülerinnen und Schülern, denn diese kamen oft erst nach einer Aufforderung durch den Lehrer oder nach gemeinsamen Terminen mit dem JAZ und der Klasse zu einem Beratungsgespräch. Die LehrerInnen schätzten die Arbeit von JAZ an der Schule und suchten den Kontakt bei Fragen rund um Ausbildung, Berufsorientierung und Bewerbung.

Jahrgangsstufe 8

Zum Schuljahresbeginn stellte JAZ seine Arbeit an der Schule vor und bot den 8. Klassen Unterstützung bei der Suche nach Praktikumsplätzen an. Da die Lehrerinnen und Lehrer jedoch sehr aktiv waren und ihre SchülerInnen sehr motiviert und unterstützt haben, blieben nur einzelne Schülerinnen und Schüler, die die Hilfe im Berufsorientierungsbüro benötigten.

Zum Schuljahresende kamen die LehrerInnen der 8. Klassen auf das JAZ zu und baten um Unterstützung beim Verfassen von Bewerbungsunterlagen. Daraufhin wurden der Aufbau einer Bewerbung sowie verschiedene Formulierungen für unterschiedliche Bewerbungen im Unterricht besprochen und die Schüler erstellten Bewerbungsunterlagen. Diese wurden von JAZ gesichtet und ggf. verbessert. Die Jugendlichen freuten sich sehr über die Möglichkeit der Unterstützung, da sie sich dann gleich zu Beginn der 9. Klasse bewerben könnten.

Gemeinsam mit JAZ und einem Schülerpaten wurden weiterhin Vorstellungsgespräche erarbeitet und spielerisch ausprobiert. Die Schüler bekamen ein Feedback, um sich beim nächsten Mal anders, besser oder gleich gut zu verhalten.

Jahrgangsstufe 9

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 22 SchülerInnen (16 Jungen und 6 Mädchen) der 9. Jahrgangsstufe betreut. In den drei Klassenterminen wurde der Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern hergestellt und es wurden wichtige Fragen geklärt. 16 der 22 Schülerinnen und Schüler nutzten die Möglichkeit des Einzelgesprächs im Berufsorientierungsbüro in der Schule, 4 davon nahmen auch einen persönlichen Termin im JAZ-Büro in der Stadt in Anspruch. Im Durchschnitt nahmen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zum Einzelkontakt (im JAZ-Büro und/oder in der Schule) rund 2

mal in Anspruch, dabei variierte die tatsächliche Häufigkeit der Einzelkontakte je nach Bedarf zwischen 0 und 8. Die Schülerinnen und Schüler kamen meist mit sehr gezielten Fragen zum Erstellen von Bewerbungsunterlagen oder zur Suche von geeigneten Praktikumsplätzen. Durch die Einzelkontakte bekamen die SchülerInnen außerdem Informationen über Berufsbilder, Bewerbungsverfahren und die Anforderungen einer Berufsausbildung, sowie über die verschiedenen Berufsfachschulen oder andere schulische bzw. berufliche Perspektiven.

Ergebnis gesamt (Angaben in %)

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BVJ	JoA	WS	10M	BGJ	BFS	EQJ	A	Son
o.A.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
HS	32	5	0	14	5	0	0	0	0	0	5	9	0
Quali	68	5	0	0	9	0	14	0	9	5	0	32	0
gesamt	100	9	0	14	14	0	14	0	9	5	5	41	0

Grund- und Hauptschule Büchenbach-Nord

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 78 Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Jahrgangsstufe betreut und beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung unterstützt. Das Übergangsmanagement lief zunächst sehr schleppend an, da von Seiten der Schulleitung genaue Regeln kommuniziert wurden und die Lehrer sich weitestgehend allein um die Unterstützung ihrer Schülerinnen und Schüler kümmerten. Erst nach mehrmaligem Anbieten von Unterstützungsleitungen durch JAZ, nahmen vereinzelte SchülerInnen die Hilfe an.

Jahrgangsstufe 8

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 34 Schülerinnen und Schüler (22 Jungen und 12 Mädchen) der 8. Jahrgangsstufe betreut. Obwohl die Schüler sich noch nicht konkret um einen Ausbildungsplatz bewerben müssen, wurden Vorarbeiten geleistet, um sie für den Ausbildungsmarkt fit zu machen.

In den jeweils 2 Terminen pro Klasse wurde der erste Kontakt mit den SchülerInnen hergestellt und es wurden offene Fragen bezüglich der Praktika geklärt. Neben den Klassenterminen nutzten 18 Schülerinnen und Schüler zusätzlich die Möglichkeit eines Einzelgesprächs im Berufsorientierungsbüro an der Schule. Das Verfassen von Bewerbungsunterlagen stand dabei eher im Hintergrund. Die SchülerInnen bekamen statt dessen schon erste Informationen über Bewerbungsverfahren und die verschiedenen Möglichkeiten, die ihnen nach der 9. Klasse offen stehen.

Jahrgangsstufe 9

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 44 Schülerinnen und Schüler (23 Jungen und 21 Mädchen) der 9. Jahrgangsstufe betreut.

In enger Absprache mit den Klassenlehrern und der schuleigenen Sozialpädagogin wurden Termine mit den Schülern vereinbart. Dabei nutzten 18 SchülerInnen nicht nur die Einzelgespräche im Berufsorientierungsbüro des JAZ e.V. an der Schule, sondern vereinbarten zusätzlich persönliche Termine im JAZ-Büro in der Stadt. Im Durchschnitt nahmen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zum Einzelkontakt (im JAZ-Büro und/oder in der Schule) rund 4 mal in Anspruch, dabei variierte die tatsächliche Häufigkeit der Einzelkontakte je nach Bedarf zwischen 1 und 21.

Neben den Einzelkontakten spielten jedoch die jeweils 12 - 13 Termine pro Klasse eine besondere Rolle. Durch die regelmäßige Anwesenheit von JAZ im Unterricht wurden die SchülerInnen dahingehend motiviert, wie wichtig es ist, sich um eine geeignete Lehrstelle, schulische Ausbildung oder einen weiteren Schulbesuch zu kümmern und das Angebot von JAZ an der Schule vor Ort zu nutzen.

Ergebnis gesamt (Angaben in %)

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BVJ	JoA	WS	10M	BGJ	BFS	EQJ	A	Son
o.A.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
HS	43	11	7	14	9	2	0	0	0	11	0	2	5
Quali	57	11	9	0	14	0	9	0	0	7	0	27	0
gesamt	100	22	16	14	23	2	9	0	0	18	0	29	5

Jahrgangsstufe 9

Im Schuljahr 2009/2010 wurden insgesamt 60 Schülerinnen und Schüler (36 Jungen und 24 Mädchen) der 9. Jahrgangsstufe betreut und beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung unterstützt. Allgemein wurde das Übergangsmanagement sehr gut angenommen und die SchülerInnen schätzten die Arbeit von JAZ e.V. an der Schule sehr.

Neben jeweils 10 – 18 Terminen pro Klasse, in denen der Kontakt zu den SchülerInnen hergestellt und ein Bewusstsein für ihre berufliche und aktuelle Situation geschaffen wurde, waren wie in allen Schulen die Einzelkontakte mit jedem Schüler von großer Bedeutung. Dabei nutzten 44 SchülerInnen nicht nur den direkten Kontakt zu JAZ in der Schule, sondern vereinbarten zusätzlich persönliche Termine im JAZ-Büro in der Stadt. Im Durchschnitt nahmen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zum Einzelkontakt (im JAZ-Büro und/oder in der Schule) rund 10 mal in Anspruch, dabei variierte die tatsächliche Häufigkeit der Einzelkontakte je nach Bedarf zwischen 1 und 26. Durch die Einzelkontakte bekamen die SchülerInnen Informationen über Berufsbilder, Bewerbungsverfahren und die Anforderungen einer Berufsausbildung, sowie über die verschiedenen Berufsfachschulen oder andere schulische bzw. berufliche Perspektiven. Außerdem wurden sie bei dem Erstellen und Gestalten von aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen unterstützt.

Ergebnis gesamt (Angaben in %)

	ABS	Mig	SGB	Wdh	BVJ	JoA	WS	10M	BGJ	BFS	EQJ	A	Son
o.A.	10	7	3	2	0	7	0	0	0	0	0	2	0
HS	57	38	5	20	10	0	0	0	0	7	0	15	5
Quali	33	22	5	0	8	0	5	7	0	10	0	2	2
gesamt	100	67	13	22	18	7	5	7	0	17	0	19	7

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Übergangsmanagement an den Erlanger Hauptschulen insgesamt sehr gut angenommen wurde. Besonders an der Ernst-Penzoldt-Hauptschule und der Eichendorff-Hauptschule waren die Lehrer und Schüler sehr dankbar für das Angebot der Unterstützung bei der Praktikums- und Ausbildungsplatzsuche sowie bei Bewerbungsverfahren. Doch trotz der hohen Eigenaktivität und Kompetenz der LehrerInnen an der Mönau-Hauptschule und der Hermann-Hedenus Hauptschule wurde JAZ e.V. auch hier oft zur Beratung hinzugezogen oder SchülerInnen nutzten das Angebot zum Einzelkontakt im JAZ-Büro in der Stadt. Insgesamt wurden viele der SchülerInnen durch die regelmäßige Anwesenheit von JAZ e.V. an den Schulen angeregt und motiviert etwas für ihre Zukunft zu tun und sich bei Fragen und Schwierigkeiten Hilfe zu holen.

Perspektiven für das Übergangsmanagement

Aus den Erfahrungen der drei Jahrgänge Übergangsmanagement an der Hauptschule lassen sich für die Perspektiven der weiteren Arbeit einige Schlussfolgerungen ziehen.

1. Der Bedarf an Unterstützung für die SchülerInnen der Hauptschulen im Bezug auf Berufsorientierung sowie allgemeiner Perspektiv- und Lebensplanung steigt stetig. Das liegt zum einen daran, dass die Hauptschule immer stärker zum Sammelbecken für sozial benachteiligte und leistungsschwache SchülerInnen wird, die sich zunehmend schwer tun, eigene Perspektiven zu entwickeln. Die familiäre Situation der SchülerInnen ist oft nicht geeignet, hier adäquate Unterstützung zu leisten. Auch sind Lebensentwürfe nicht mehr so leicht tradierbar wie in früheren Jahren. Die Klassenlehrer sind jedoch nicht in der Lage, den gesamten Bedarf aufzufangen oder zu befriedigen, sodass die Einrichtung eines eigenen Übergangsmanagements mit sozialpädagogischem Charakter nötig ist.
2. Übergangsmanagement braucht einen engen Kontakt zur Schule und den Lehrkräften, sowie eigene Arbeits- und Besprechungsräume. Denn gerade zu Beginn muss für die SchülerInnen die Hemmschwelle zur Nutzung der Angebote so gering wie möglich gehalten werden. Als positiv hat sich die Zusammenarbeit mit dem/der JugendsozialarbeiterIn an der Schule erwiesen. So können die Tätigkeiten intern koordiniert werden und schulinterne Teamstrukturen aufgebaut werden, die eine gegenseitige Unterstützung und einen konstruktiven Austausch ermöglichen.

3. Zum Aufgabenfeld des Übergangsmanagements gehören neben konkreter Berufsorientierung und Vermittlungsunterstützung vor allem auch die Förderung von Sozialkompetenzen und Schlüsselqualifikationen sowie im weitesten Sinne die Entwicklung von Lebensentwürfen. Daher ist es sinnvoll, bereits die 8. Jahrgangsstufen mit in das Angebot einzubeziehen bzw. ein eigenes Angebot für diese SchülerInnen zu entwerfen. Hier ist es möglich, zum Beispiel Praxis-Workshops und intensive Betriebserkundungen anzubieten. Auch können allgemeinere Themen aus dem Bereich Sozialkompetenzen und Lebensplanung viel entspannter und somit nachhaltiger angegangen werden.
4. Der Kompetenzbereich Übergangsmanagement muss verbindlich in der Jugendhilfe an Schulen verankert und mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden, sodass er nicht weiter den Unwägbarkeiten befristeter Projekte unterliegt. Er kann nicht als zusätzlicher Aufgabenbereich für den/die JugendsozialarbeiterIn an der Schule verstanden werden, sondern braucht eine eigene professionelle Kraft. Zugleich muss eine klare Struktur geschaffen werden, die alle beteiligten Kräfte einbindet und eine Kooperation möglich macht.
5. Im Sinne eines erfolgreichen und nachhaltigen Übergangsmanagements ist ein Ausbau von Ganztagesklassen unbedingt zu wünschen, da die Erfahrung zeigt, dass hier ein wesentlich intensiverer Kontakt mit und damit auch eine bessere individuelle Förderung der SchülerInnen möglich ist.

4. KOMBI-Kommunales Beratungs- und Informationsbüro rund um Ausbildung

Die offenen und großzügigen Räumlichkeiten erlauben eine vielseitige und intensive Nutzung. Beratungsgespräche, Bewerber-Coaching, Nachhilfe, Gruppentrainings und die Erstellung von Bewerbungsunterlagen werden im KOMBI durchgeführt.

50 Jugendliche aus anderen Schultypen und dem Landkreis nutzten im Jahr 2010 das umfangreiche Beratungsangebot. In den meisten Fällen ging es um den Prozess der Berufsfindung, Üben von Vorstellungsgesprächen und Erstellen von Bewerbungsunterlagen.

Bei den 10 RealschülerInnen ging es überwiegend um Fragen rund um Bewerbung sowie einzelne Berufsbilder. Die 6 Absolventen mit Hauptschulabschluss wurden unterstützt auf ihrem Weg in eine Einstiegsqualifizierung, bei den 23 Jugendlichen mit qualifizierendem Hauptschulabschluss wurden Gespräche über berufliche Orientierungen geführt. 9 SchülerInnen ohne Schulabschluss wurden hinsichtlich Perspektiven beraten. Ein Abiturient und zwei Fachabiturienten erkundigten sich über das duale Berufsausbildungssystem und hatten keinerlei Vorstellung darüber, welchen Beruf sie gerne ausüben würden.

Daneben werden die SchülerInnen der vier Erlanger Hauptschulen immer wieder dazu aufgefordert, ihre Bewerbungsunterlagen im KOMBI mit Unterstützung zu erstellen. Dies entlastet die Sozialpädagoginnen vor Ort, da sich gezeigt hat, dass Gespräche einen intensiveren Entwicklungsprozess in Gang setzen als das gemeinsame Anfertigen von Bewerbungsunterlagen in der Schule. Die Zeit in der Schule sollte für Persönlichkeitsentwicklung, Gruppentrainings und Gespräche genutzt werden, die letztendlich stets auf die richtige Berufswahl fokussieren.

Das Angebot nutzten im Schuljahr 2009/2010 **110 SchülerInnen**, 74 davon mit Migrationshintergrund. Die durchschnittliche Anwesenheit beträgt dreimal.

Im KOMBI werden die Bewerbungsunterlagen der SchülerInnen gespeichert und stehen so jederzeit für Anpassungen zur Verfügung. Auch lässt sich hier der Bewerbungsprozess gezielter überwachen und die Jugendlichen müssen auch selbst etwas tun. Den Weg ins KOMBI zu finden ist schon ein Schritt in die Richtung Eigenverantwortlichkeit und kann und muss von den SchülerInnen gefordert werden.

Die Intention des Übergangsmanagements ist es nicht, in den Schulen ein „Luxus-Bewerbungszentrum“ aufzubauen, sondern die Förderung der individuellen Entwicklung jedes einzelnen Schülers in Richtung Ausbildungsfähigkeit.

5. Akquise- und Vermittlungsleistung des JAZ e.V. in 2009

(Stand 30.10.2009)

	2010	2009	2008	2007	2006
Ausbildungsplatzakquise	48	55	34	84	84
abgeschlossene Verträge	48	50	23	55	55
davon					
einzelbetriebliche Ausbildung	24	20	15	30	31
Berufsfachschule	18	19			
Verbundausbildung		0	0	11	5
Einstiegsqualifizierung	6	11	8	13	18

Die derzeitige Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat zur Folge, dass **Ausbildungsplätze unbesetzt** bleiben. Eine aktive Akquise erfolgte daher im Jahr 2010 durch **gezielte Ansprache von Unternehmen für jeweils hierzu passende Jugendlichen**.

Ebenso wurde für einzelne Jugendlichen gezielt der Besuch einer berufsqualifizierenden Berufsfachschule als Perspektive angestrebt. Für einzelne ergibt sich so die Möglichkeit, persönlich zu reifen und über einen beruflichen Abschluss zu verfügen. Andere sind noch zu jung, um in dem gewünschten Ausbildungsberuf einen Vertrag zu erhalten (Gastronomie).

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass es für die Betriebe immer schwieriger werden wird, geeigneten Nachwuchs zu finden. So ist ein frühzeitiger Auswahlprozess und Förderprozess auch für die Ausbildungsbetriebe ein interessantes Instrument, künftige Fachkräfte zu gewinnen. Erkennbar ist diese Entwicklung auch an der Erfahrung, dass immer mehr SchülerInnen, die ein Schulpraktikum absolvieren, Geld oder sonstige Vergünstigungen (z. B. Haarschnitt und Farbe) bekommen.

6. GGFA-Bericht – Jugend in Ausbildung 2010

Wie jedes Jahr boten wir verantwortlich für die Ausbildungsplatzvermittlung jugendlicher SGB II Leistungsbezieher, Schulabgänger und Altbewerber, ein umfangreiches Leistungsspektrum.

Dazu zählten:

- Durchführung von Informationsseminaren
- aufsuchende Kontaktaufnahmen
- Gruppen- und Differenzierungsgespräche
- Coachingmaßnahmen
- Berufsfindungsanalysen
- Eignungs- und Ausbildungsfähigkeitsprüfungen
- aktive Suche nach Praktikumsplätzen
- Ausbildungsplatzakquisition.

Leistungsbilanz

98 Schulabgänger:

- 14 haben ein Studium aufgenommen, (eine erstaunlich hohe Anzahl),
- 11 sind aus dem Bezug gefallen, z.B. wegen Umzug, Verdienst Eltern etc.
- 01 ist leider schwer erkrankt,
- 27 (37,5%) haben eine betriebliche Ausbildung aufgenommen,
- 14 (19,4%) gingen in eine schulische Ausbildung,
- 11 (15,2%) versuchen über EQJ in 2011 in eine Ausbildung zu kommen,
- 05 (6,9%) beginnen eine Ausbildung über eine Reha-Maßnahme
- 09 (12,5%) starten in den bekannten Maßnahmen (BaE, BVB, BVJ),
- 06 (8,3%) besitzen noch nicht die Ausbildungsreife und sind in der JuA Klasse.

Altbewerber:

34 Altbewerber (teils ü25 Jahre) haben eine betriebliche Ausbildung aufgenommen.

Migrationshintergrund, Gender Mainstreaming

Vermittelt in betriebliche Ausbildung: 54% waren weiblich – davon 52% mit Migrationshintergrund

Vermittelt in schulische Ausbildung: 75% waren weiblich – davon 55% mit Migrationshintergrund

(auch in allen anderen Bereichen gab es in etwa das gleiche Verhältnis)

Ute Weis

Anhang

1 Zahlen der Berufsberatung Erlangen: Stadt und Landkreis

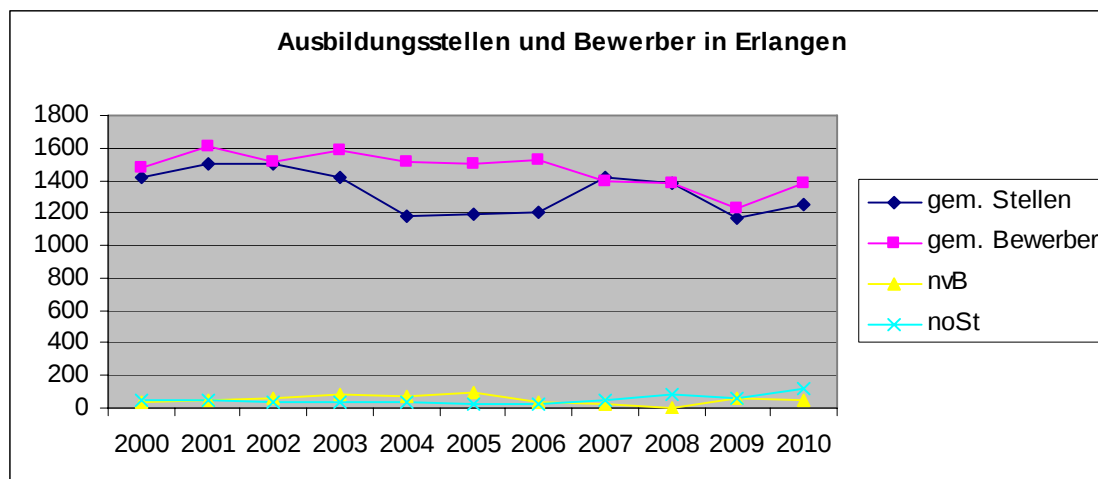
	Berufsausbildungsstellen				BewerberInnen			
	09/10	09/09	09/08	09/07	09/10	09/09	09/08	09/07
Nürnberg	5.007	4.498	5.098	4.688	4.154	3.695	4.683	4.986
Erlangen	1.250	1.167	1.383	1.422	1.383	1.230	1.378	1.400
Fürth	986	973	1.001	900	1.512	1.274	1.628	1.751
Schwabach	226	224	194	178	404	372	483	500
Lauf	435	378	355	361	732	646	641	835

	Noch nicht besetzte Ausbildungsstellen				Noch nicht vermittelte BewerberInnen			
	09/10	09/09	09/08	09/07	09/10	09/09	09/08	09/07
Nürnberg	285	256	298	256	224	155	130	226
Erlangen	122	58	78	52	53	60	4	27
Fürth	70	115	90	63	64	11	16	46
Schwabach	24	23	13	19	6	---	6	11
Lauf	36	31	35	57	5	5	5	8

	Bewerber: Stellen Relation				nvB : noSt Relation (*)			
	09/10	09/09	09/08	09/07	09/10	09/09	09/08	09/07
Nürnberg	100:120	100:122	100:109	100:94	100:127	100:165	---	100:113
Erlangen	100:90	100:111	100:100	100:101	100:230	---	---	100:192
Fürth	100:65	100:76	100:61	100:51	100:109	---	---	100:137
Schwabach	100:56	100:60	100:40	100:35	---	---	---	100:173
Lauf	100:59	100:58	100:55	100:43	---	---	---	100:712

(*) nicht vermittelte Bewerber zu noch offene Stellen Relation

In Nürnberg und Erlangen noch die beste Bewerber: Stellen-Relation



Bei der Berufsberatung gemeldete Ausbildungsstellen im Arbeitsamtsbezirk Nürnberg

Berufsbereich		Berufsausbildungsstellen nach BBiG		
		09/10	09/09	Veränderung %
I, II	Pflanzen, Landwirtschaft, Bergbau	56	53	5,7
III	Metallberufe	876	750	16,8
	Elektroberufe	393	360	9,2
	Textil-, Bekleidung- u. Lederberufe	22	16	37,5
	Ernährungsberufe	441	399	10,5
	Bau- und Baunebenberufe einschl. Tischler	309	297	4,0
	Druckberufe, übrige Fertigungsberufe	296	265	11,7
IV	Technische Berufe	130	117	11,1
V	Waren- u. Dienstleistungskaufleute	2.290	2.063	11,0
	Verkehrsberufe	237	245	- 3,3
	Org-, Verwaltungs- u. Büroberufe	1.560	1.463	6,6
	Körperpfl., Gästebetr., Hausw.-u. Reinigung	736	641	14,8
	Übrige Dienstleistungsberufe	558	571	- 2,3
	Insgesamt	7.904	7.240	9,2

Bei der Berufsberatung gemeldete Berufsausbildungsstellen und BewerberInnen für die Geschäftsstelle Erlangen

Berufsbereich		Berufsausbildungsstellen nach BBiG			Bewerber/innen		
		09/10	09/09	Veränd. in %	09/10	09/09	Veränd. in %
I,II	Pflanzen, Landwirtschaft, Bergbau	13	10	30,0	29	32	-9,4
III	Metallberufe	180	144	25,0	153	175	-12,6
	Elektroberufe	37	42	-11,9	87	66	31,8
	Textil-, Bekleidung- u. Lederberufe	---	---	---	5	---	---
	Ernährungsberufe	83	84	-1,2	56	51	9,8
	Bau- und Baunebenberufe, Tischler	45	28	60,7	59	65	-9,2
	Druckberufe, übrige Fertigungsberufe	25	18	38,9	52	54	-3,7
IV	Technische Berufe	30	41	-26,8	33	32	3,1
V	Waren- und Dienstleistungskaufleute	37,0	348	6,3	332	285	16,5
	Verkehrsberufe	2,4	13	84,6	23	---	---
	Org-, Verwaltungs- u. Büroberufe	225	233	-3,4	336	261	28,7
	Körperpfl., Gästebetr., Hausw.-u. Reinigung	119	124	-4,0	91	95	-4,2
	Übrige Dienstleistungsberufe	99	82	20,7	127	96	32,3
	Insgesamt	1.250	1.167	7,1	1.383	1.230	12,4

Berufsbereich		Noch offene Ausbildungsstellen		Noch nicht vermittelte BewerberInnen	
		09/10	09/09	09/10	09/09
I,II	Pflanzen, Landwirtschaft, Bergbau		---		---
III	Metallberufe		---		---
	Elektroberufe		---		---
	Textil-, Bekleidung- u. Lederberufe		---		---
	Ernährungsberufe		7		---
	Bau- und Baunebenberufe, Tischler		---		---
	Druckberufe, übrige Fertigungsberufe		---		---
IV	Technische Berufe		---		---
V	Waren- und Dienstleistungskaufleute		30		---
	Verkehrsberufe		---		---
	Org-, Verwaltungs- u. Büroberufe		3		---
	Körperpfl., Gästebetr., Hausw.-u. Reinigung		10		---
	Übrige Dienstleistungsberufe		3		---
	Insgesamt		58		3

Anlagen:

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/30/vea

Verantwortliche/r:
Rechtsabt.

Vorlagennummer:
30-R/018/2010

Sondernutzungsgebühren bei Google Street-View-Fahrten; Fraktionsantrag Nr. 115/2010 der Fraktion Erlanger Linke

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Fraktionsantrag Nr. 115/2010 der Fraktion Erlanger Linke vom 28.10.2010 ist damit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit dem Fraktionsantrag soll erreicht werden, dass der Internetdienst Google Street View des US-amerikanischen Unternehmens Google Inc. mit Sitz in Mountain View (Kalifornien) Gebühren an die Stadt Erlangen für das Fotografieren der Straßenzüge mit anschließendem Verwenden der Bilder bezahlt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

In dem Fraktionsantrag wird deshalb beantragt, dass die Verwaltung prüft unter welchen Voraussetzungen die Stadt Erlangen eine Gebühr „für die Erhebung von Daten und das Scannen der Straßen und Häuser erheben kann“.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Aktivitäten von Google Street View wurden in den vergangenen Monaten in ganz Deutschland von der Bevölkerung wie auch von verschiedenen Behörden beobachtet und begutachtet. Es wurden Aussagen getroffen, welche Anforderungen von Google Street View zu erfüllen sind. In besonderem Maße setzen sich Hamburger Behörden mit der Problematik auseinander, weil sich dort der deutsche Firmensitz befindet. U. a. wurde auch geprüft, ob die Aufnahmefahrten Sondernutzungen nach Straßenrecht darstellen könnten. Das Ergebnis der Überprüfungen ist jedoch, dass die Fahrzeuge sich noch im üblichen Rahmen des Straßenverkehrs bewegen und dass somit „Gemeingebrauch“ und keine „Sondernutzung“ vorliegt.

Diese Auffassung wurde auch vom Bayerischen Landesamt für Datenschutzaufsicht in der Regierung von Mittelfranken im Rahmen einer Dienstbesprechung am 21.07.2010 vorgetragen.

Die rechtlichen Voraussetzungen für die Erhebung von Sondernutzungsgebühren liegen deshalb nicht vor. Es kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass Google Street View solche Gebühren einfach bezahlen würde.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

F

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 03.11.2010

Antragsnr.: 115/2010

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: III/30/Fr. Vittinghoff

mit Referat:

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789

fax 09131/86-1791

e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de

<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>

Erlangen, den 28.10.2010

Antrag: Gebühr für Google Street-View-Fahrten

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

hiermit beantragen wir, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Stadt Erlangen eine Gebühr für die Erhebung von Daten und das Scannen der Straßen und Häuser in den Kommunen erheben kann.

Begründung:

Verschiedene Gemeinden haben schon eine Sondernutzungssatzung beschlossen. So muss der Internetdienstleister Google demnächst in Bergisch-Gladbach 100 Euro pro Kilometer zahlen, wenn er Kamerafahrten auf den Straßen vornehmen will.

Nach unserer Rechtsauffassung geht das systematische Befahren von öffentlichen Straßen über den regulären Gebrauch hinaus. Die Nutzung ist deshalb mit öffentlichen Gebühren zu belegen. Sondernutzungsgebühren für Street-View-Fahrten haben bereits mehrere Städte, etwa Ratingen und Bonn, erlassen.

Mit freundlichen Grüßen,

Frank Heinze
Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/112

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
112/023/2010

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2011 (siehe Verwaltungsvorlage), 1. Neufassung vom 12.2010

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Gutachten	

Beteiligte Dienststellen

Gem. Aufstellungsverfahren zum Stellenplan alle Referate, Fachämter und Personalrat

I. Antrag

Der Stellenplan der Stadt Erlangen 2011 wird anhand der Verwaltungsvorlage Liste A (1. Neufassung vom Dezember 2010) und der Liste B (1. Neufassung vom Dezember 2010) geändert und ergänzt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Aufgaben- und bedarfsorientierte Stellenplanung.

2. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Ergänzungen und Änderungen werden auf Verwaltungsebene umgesetzt

Anlagen: Liste Stellenplan - Auszug
Fraktionsanträge

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

OBM/ZV/112/CMB T. 1642

Erlangen, Dezember 2010

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2011

Neufassung

**hier: Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2010
(Sitzung des HFPA-HH am 15.02./16.02.2011)**

für die Sitzung des HFPA am 19.01.2011

Inhalt	Seite
1. Vorbemerkungen	<u>2</u>
2. Liste A – neue Planstellen, Fraktionsanträge usw.	<u>3</u>
3. Liste B – Stellenwertänderungen usw.	<u>23</u>

Referat Zentrale Verwaltung

Ternes

2.3 Stellenneuschaffungen, Funktionsänderungen, kw-Vermerke, s-Sperrungen bzw. –Entsperrungen

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2011 €	Gesamt- jahres- kosten ab 2012 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFGA 15.02./ 16.02.11	Beschluss Stadtrat 24.02.11
HFGA										
2.	<u>Fraktions- antrag Grüne Liste</u>		BürgermeisterIn	B 5 bzw. B 6	---	---	<u>Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerkes in Höhe von 0,5:</u> Nach der Wahlperiode – bzw. durch einen Rücktritt – wird ein Bürgermeister-Posten eingespart. Daraus resultiert nach Angaben des Fraktionsantrags eine Reduzierung der Personalkosten von ca. 52.000 bzw. 89.000 € pro Jahr.			
45/85	Amt 11									
Neu —	OBM/ZV 1120090		Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	---	---	<u>Verlängerung kw-Vermerk (1,0) bis zum 15.06.2013:</u> Durch Reorganisation der Abteilung kann bereits zum 01.01.2011 eine Stelle (1,0) in der Abt. 112 eingezogen werden (siehe hierzu nächste Position). Dafür bedarf es der Verlängerung des kw-Vermerkes an dieser Stelle (Zeitpunkt 15.06.2013 ist gekoppelt mit Eintritt der passiven Phase einer Altersteilzeit).			
Neu —	OBM/ZV 1120110	-1,0	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10	-35.900	-35.900	<u>Verkürzung kw-Vermerk (1,0) auf 01.01.2011 mit gleichzeitigem Stelleneinzug:</u> Begründung: Siehe oben Nr. 3 Stelle wird statt zum 01.01.2012 bereits zum 01.01.2011 eingezogen.			

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2011 €	Gesamt- jahres- kosten ab 2012 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HfPA 15.02./ 16.02.11	Beschluss Stadtrat 24.02.11
Amt 13										
5. 	<u>Fraktions- antrag Grüne Liste</u>		Interkommunale Zusammenarbeit	---	---	---	Keine Auswirkung auf den Stellenplan, da zbV-Stelle (IZ hat ihren Sitz ab 01.12.2010 nicht mehr bei der Stadt Erlangen).			
6.  46/85	<u>Fraktions- antrag Grüne Liste</u>		Reorganisation Amt 13	---	---	---	<u>Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerkes in Höhe von 1,0 bei einer Sachgebietsleitungsstelle:</u> Es ist zu überprüfen, ob ähnlich wie beim Rödl & Partner-Vorschlag für Amt 11 im Bürgermeisteramt zwei Sachgebiete zusammengelegt werden können und auf längere Sicht eine Sachgebietsleitung eingespart werden kann.			
7. 	<u>Fraktions- antrag Grüne Liste</u>		Reorganisation Amt 13	---	---	---	<u>Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerkes in Höhe von 1,0:</u> Pressearbeit und Repräsentationsaufgaben für die Stadtspitze werden eingeschränkt und die Aufgabenbereiche umstrukturiert.			
Amt 14										
8.	alt: OBM 1400095 neu: OBM 1400060	-0,5	alt: Rechnungsprü- fer/in NKFE neu: Rechnungs- prüfer/in	alt: A 11 neu: A 9S	-18.700	-18.700	<u>Verschiebung kw-Vermerk mit gleichzeitigem Stelleneinzug 0,5 A 9S zum 01.01.2011:</u> Fachkompetenz hinsichtlich NKFE muss erhalten bleiben. Dafür kann durch Aufgabenumschichtung eine „Kassenprüfer/in-Stelle“ eingezogen werden.			

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2011 €	Gesamt- jahres- kosten ab 2012 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 15.02./ 16.02.11	Beschluss Stadtrat 24.02.11
9.	OBM 1400090		Rechnungsprü- fer/in NKFE	A 11	---	---	<u>Verlängerung kw-Vermerk (0,5) bis zum 31.12.2013:</u> Befristeter Personaleinsatz wird bis zur Prüfung der Eröffnungsbilanz und des ersten doppelischen Jahresab- schlusses benötigt.			
Gleichstellungsstelle										
10. 	<u>Fraktions- antrag CSU</u>		Gleichstellungs- stelle	---	---	---	<u>Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerkes in Höhe von 0,5:</u> <i>Haushaltskonsolidierungsvorschlag</i>			
47/85	Amt 20									
	II 2000040		SB Systemverwal- tung EDV-Systeme	EG 9	---	---	<u>Wegfall kw-Vermerk in Höhe von 1,0:</u> Kw-Vermerk wurde 2006 angebracht, um eine spätere Bedarfsprüfung bei Einsatz des neuen Finanzsystems sicher zu stellen. Die Prüfung und interkommunale Ver- gleiche wurden nunmehr durchgeführt.			
12. 	<u>Fraktions- antrag Grüne Liste</u>	0,5	Beteiligungs- management	EG 11	15.100	30.200	<u>Neuschaffung:</u> <i>Erhöhung der Personalstärke, um die Eigentümer- Interessen in den Tochterunternehmen wahrnehmen zu können.</i>			
	Amt 33									
13.	III 3301300	-1,0	SB Service	A 8	- 42.500	- 42.500	<u>Stelleneinzug:</u> Durch Standardabsenkung kann dieses Volumen einge- zogen werden.			

Ö 15.1

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 06.12.2010
Antragsnr.: 160/2010
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/ZV/Hr. Matuschke
mit Referat:

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen



Stadtratsfraktion

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
e-mail: gruene-liste@erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:
Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 06.12.2010

Haushalt 2011: Anträge zum Stellenplan

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

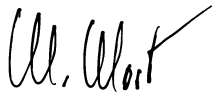
wir beantragen folgende Änderungen zum Stellenplan:

Stellen	Aufgaben	Antrag	Begründung
	BürgermeisterIn	Langfristig eine/einen BürgermeisterIn einsparen	Nach der Wahlperiode – bzw. durch einen Rücktritt – soll ein Bürgermeister-Posten eingespart werden. Daraus resultiert eine Reduzierung der Personalkosten von ca. 52.000 Euro bzw. 89.000 Euro pro Jahr.
	ReferentIn	Ein Referat einsparen	Wie Vorschlag Maßnahme 7 von Rödl&Partner: Im Jahr 2012 nur noch 3 berufsmäßige Stadträtinnen/Stadträte – weniger Personalkosten von 136.000 Euro pro Jahr spätestens ab 2013.
Amt 31 3105010	Energieberatung	Wegfall des KW-Vermerks	Umwandlung in eine halbe Stelle für ökologisches Beschaffungswesen (siehe unten). Die andere Hälfte soll der Energieberatung zugeteilt werden
Amt 31	Umsetzung eines ökologischen und sozial fairen Beschaffungskonzeptes	Zusätzliche halbe Stelle – siehe vorheriger Antrag	Im Sinne des Klimaschutzes und einer lebenswerteren Umwelt beantragten wir vor über einem Jahr, in Erlangen ein an ökologischen Kriterien gebundenes Beschaffungswesen einzuführen - z.B. wie „Ökokauf“ in Wien. Damit dieses Projekt geplant und umgesetzt werden kann, sind vorerst zusätzliche Personalkapazitäten erforderlich.
Amt 31	Energieberatung	Zusätzliche halbe Stelle – siehe erster Antrag Amt 31	

Amt 50	SozPäd für BewohnerInnenhilfe in Verfügungswohnungen	Zusätzliche Stelle	Die Schaffung einer zusätzlichen Stelle wegen des intensiven Betreuungsbedarfs – siehe Arbeitsprogramm S. 255. Wird auch von Rödl&Partner vorgeschlagen
Amt 20	Beteiligungsmanagement	Halbe Stelle in eine volle Stelle umwandeln	Wahrnehmung der Eigentümer-Interessen in den Tochterunternehmen
Amt 42	Verwaltungsleitung	Zusätzliche halbe Stelle	Siehe Arbeitsprogramm S. 185
130S000	Interkommunale Zusammenarbeit	Stelle vorläufig nicht wieder besetzen – interkommunale Zusammenarbeit wird ausgesetzt.	Begründung siehe unser Textantrag Öffentlichkeitsarbeit und Umstrukturierungen Bürgermeisteramt

Mit freundlichen Grüßen

gez. Susanne Lender-Cassens



f.d.R.: Most

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO
Eingang: 30.11.2010
Antragsnr.: 162/2010
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/ZV/11/Hr. Handrich
mit Referat: OBM/13/Hr. Schmitt

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen



Stadtratsfraktion

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
 e-mail: gruene-liste@erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:

Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 30.11.2010

Antrag: Haushaltskonsolidierung 2011 Umstrukturierung Bürgermeisteramt und Öffentlichkeitsarbeit

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und repräsentativen Terminen des Bürgermeisteramtes gibt es Einsparpotential. Einladungen für repräsentative Termine und Öffentlichkeitsarbeit für die Stadtspitze lassen sich massiv reduzieren. Eine Pressearbeit für die Stadtspitze ist in diesem Umfang nicht erforderlich. In letzter Zeit musste sie hauptsächlich dazu dienen, OBM, BM und BM2 gut darzustellen. Deshalb kann eine Stelle wegfallen und Arbeiten anders verteilt werden - außer in den Sachgebieten Büro für aktive Bürger, Integration und internationale Beziehungen, Frauenfragen.

Wir beantragen:

Pressearbeit und Repräsentationsaufgaben für die Stadtspitze werden eingeschränkt und die Aufgabenbereiche umstrukturiert. Eine Stelle kann wegfallen – beispielsweise kann auf eine Wiederbesetzung der Stabsstelle 1305000 verzichtet und die interkommunale Zusammenarbeit auf ReferentInnenebene fortgesetzt werden.

Außerdem soll überprüft werden, ob ähnlich wie beim R&P-Vorschlag für Amt 14 im Bürgermeisteramt zwei Sachgebiete zusammengelegt werden können und auf längere Sicht eine Sachgebietsleitung eingespart werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Helmut Wening

F.d.R.: Wolfgang Most



CSU-Stadtratsfraktion Erlangen

Rathaus, Rathausplatz 1, Zimmer 1.04
91052 Erlangen

Tel. (09131) 86-24 05

Fax (09131) 86-21 78

eMail: csu@erlangen.de

CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 30.11.2010

Antragsnr.: 165/2010

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: OBM/ZV/11/Hr. Matuschke
mit Referat:

30. November 2010/AB

Haushalt 2011

hier: Anträge der CSU-Stadtratsfraktion zum Stellenplan

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

anbei übermitteln wir unsere Änderungsanträge zum Stellenplan 2011, Punkt 2.3.

- o Gleichstellungsstelle mit einem Gruppen-KW-Vermerk im Umfang von 0,5 versehen
- o Amt 50, Abteilung 503 Wohnungswesen
neue Planstelle, Funktionsbezeichnung: Stellenwert: IV b
SozPäd – Bewohnerhilfen in Verfügungswohnungen in Zwangsräumungsfällen

Mit freundlichen Grüßen

Birgitt Aßmus
Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Haushalt + Finanzen

Dr. Peter Ruthe
stv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Personal

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
11/030/2010

Fraktionsantrag der Grünen Liste Nr. 163/2010; Haushaltskonsolidierung 2011 Umstrukturierungen Liegenschaftsamt, Sportamt und Friedhofsgärtnerei

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Ämter 23, 24, 34, 41, 52, EB 77

I. Antrag

Die genannten Umstrukturierungen werden derzeit nicht weiterverfolgt.
Der Antrag der Grünen Liste Nr. 163/2010 vom 30.11.2010 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

- Eingliederung des Liegenschaftsamtes (Amt 23) als Abteilung in das Gebäudemanagement (Amt 24)

Amt 23 könnte grds. als weitere Abteilung dem Amt 24 angegliedert werden.

Die Verwaltung der Miet- und Pachtverhältnisse wurde bereits 2005 organisatorisch und personell von Amt 23 in das Amt 24 integriert. Die noch vorhandenen Schnittstellen sind optimiert.

Die im Antrag erwarteten und nicht bezifferten Synergieeffekte sind aus Sicht der Verwaltung nicht gegeben. Der Amtsleiter des Amtes 24 leitet in Personalunion auch bereits die Abteilung Techn. Gebäudemanagement, bei Zuordnung einer weiteren Abteilung wird die Leitungsspanne als auf Amtsebene zu groß angesehen.

Einsparungen durch den Wegfall von Planstellen sind nicht erkennbar.

- Eingliederung der „Friedhofsgärtnerei“ des Standesamtes (Amt 34) in den Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung (EB77)

Das Sachgebiet Bestattungen und Friedhofswesen (Sachgebiet 34-3; eine „Friedhofsgärtnerei“ im klassischen Sinn besteht nicht) könnte grds. als viertes Sachgebiet der Abteilung Stadtgrün (Abt. 773) angegliedert werden.

Die im Antrag erwarteten und nicht bezifferten Synergieeffekte sind aus Sicht der Verwaltung jedoch nicht gegeben.

Eine Sachgebietsleiter-Stelle kann aufgrund der wahrzunehmenden Sachbearbeitungsaufgaben nicht eingespart werden. Der Standort mit Werkstatt auf dem Zentralfriedhof müsste ebenfalls erhalten bleiben, weil der Bestattungsbetrieb kurzfristige Einsatzbereitschaft und schnelle Verfügbarkeit erfordert. Eine Trennung von Bestattungen und Friedhofsunterhalt wird nicht für sinnvoll angesehen. Aufgrund des dezentralen Erlanger Friedhofskonzeptes (11 Friedhöfe) wird eine Einsparung eines Standortes od. einer Werkstatt bei einer Zusam-

menlegung nicht für sinnvoll erachtet.

1996 wurde der Bereich Bestattungs- und technisches Friedhofswesen dem Standesamt zugeordnet und arbeitet nach Mitteilung der Dienststelle seit Jahren kostendeckend.

- Eingliederung des Sportamtes (Amt 52) in das Kultur- und Freizeitamt (Amt 41)

Ein Zusammenschluss wäre theoretisch möglich. Die im Antrag erwarteten und nicht beziferten Synergieeffekte sind aus Sicht der Verwaltung jedoch nicht gegeben.

Es sind keine Schnittmengen (weder in der Sportförderung noch bei den Zielgruppen), sowie keine Einsparungen durch den Wegfall von Planstellen erkennbar.

Anlage: Fraktionsantrag Nr. 163/2010

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 30.11.2010
Antragsnr.: 163/2010
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/ZV/11/Hr. Handrich
mit Referat: VI/23, III/34, I/52, IV/41



Stadtratsfraktion

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
 e-mail: gruene-liste@erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:
 Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 30.11.2010

**Antrag: Haushaltskonsolidierung 2011
 Umstrukturierungen Liegenschaftsamt, Sportamt und Friedhofsgärtnerei**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen:

Das **Liegenschaftsamt**: wird als Abteilung ins Gebäudemanagement integriert

Die **Friedhofsgärtnerei** wird in den EB77 integriert.

Das **Sportamt** wird aufgelöst und in eine Abteilung des Amtes für Kultur- und Freizeit umstrukturiert.

Daraus ergeben sich Synergieeffekte, deren Höhe wir nicht beziffern können.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Susanne Lender-Cassens

F.d.R.: Wolfgang Most

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Herr Sponsel

Vorlagennummer:
II/074/2011

Fachamtsbudgets für die der HFPa als Fachausschuss zuständig ist (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2011)

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem anhängenden Abstimmungsskript.

II. Begründung

Anlagen: Abstimmungsskript

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

0:15.3

15.3

15.3

15.3

15.315.3

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2011

--- nicht investiv ---

Fachamt	Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungs-antrag	Seite im Verw.- entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand (negativer Betrag = Aufwandserhöhung)	Budget ----- negativer Betrag = Zuschussbudget	
17 (eGov)	17 eGov	ohne KommBIT			Bezeichnung/Begründung des Änderungsantrags zum Sachmittelbudget von eGov (17) (Entwicklung des Sachmittelbudgets: Seiten 67ff. im Verwaltungsentwurf)	61.400 €	-371.400 €	-310.000 €	Abstimmung Fachausschuss
			CSU 167/2010	71	Anschaffung einer leistungsfähigen Software für das Jugendamt <u>Hinweis Kämmerei:</u> Anschaffung erfolgt über KommunalBIT, Zuschuss KommunalBIT ist dem allgemeinen Haushalt zugeordnet, siehe HH 10.				
			SPD 138/2010	71	Umsetzung Konzept IT an Erlanger Schulen <u>Hinweis Kämmerei:</u> KommunalBIT wird außerhalb des Sachmittelbudgets von eGov abgerechnet, daher ist Antrag dem allgemeinen Haushalt zugeordnet, siehe HH 11.				
20 57/85	20	nur Produkte 1113 5711			Bezeichnung/Begründung des Änderungsantrags zum Sachmittelbudget von Amt 20 (Entwicklung des Sachmittelbudgets: Seiten 73ff. im Verwaltungsentwurf)	156.900 €	-226.700 €	-69.800 €	Abstimmung Fachausschuss
	20.1.	1113	Nachmeldung der Verwaltung	73ff.	Beratungskosten zur Erstellung der doppelten Eröffnungsbilanz		-40.000 €		Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
			SPD 138/2010	73ff.	Tag der Altstadt <u>Hinweis Kämmerei:</u> Produkt wird außerhalb des Sachmittelbudgets von Amt 20 abgerechnet. Fraktionsantrag ist daher dem allgemeinen Haushalt zugeordnet, siehe HH 6.				

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/112

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
112/024/2010

Maßnahmenvorschläge von Rödl + Partner

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Sportausschuss	18.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Schulausschuss	20.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	25.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	25.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Jugendhilfeausschuss	27.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Stadtrat	24.02.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

alle Referate, Ämter 11, 20, 24, 40, 50, 51, 52, EB77, Personalrat

I. Antrag

Die Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner werden anhand der Abstimmungsvorlage begutachtet.

Die Beschlussfassung am 24.02.2011 erfolgt im Rahmen der Verwaltungsvorlage zum Haushalt bzw. Stellenplan 2011 bzw. durch gesonderte Beschlussvorlagen bei Maßnahmenvorschlägen ohne quantifizierte Haushaltsentlastung.

II. Begründung

Haushaltsmittel sind auf HHSt. bzw.im Budget nicht vorhanden!

Anlagen: Abstimmungsvorlage

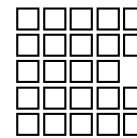
III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Stadt Erlangen Postfach 3160 91051 Erlangen

Referat Zentrale Verwaltung

An die

Mitglieder des Stadtrates Erlangen

Referatsleitungen

Amtsleitungen

Gebäude: Rathausplatz 1

Zimmer: 1211

Kontakt: Herr Wein

Telefon: 0 91 31 / 86-1642

Telefax: 0 91 31 / 86-771642

E-Mail: marco.wein@stadt.erlangen.de

Nutzen Sie unsere Angebote im Internet:

<http://www.erlangen.de>

Unser Zeichen / Schreiben:
OBM/ZV/112/CMB

Ihr Schreiben / Zeichen:

Datum:
13. Dezember 2010

Abstimmungsvorlage der Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage überreichen wir im Betreff genannte Vorlage. In dieser Übersicht sind die Vorschläge von Rödl & Partner nach Fachausschüssen sortiert.

Die Eurobeträge in dieser Übersicht sind von dem Gutachten von Rödl & Partner übernommen, bei Umsetzung der Vorschläge können sich evtl. Abweichungen ergeben.

Für die Fachausschussberatungen im Januar bitten wir Sie diese Unterlagen zu verwenden.

Mit freundlichen Grüßen

Ternes

lfd. Nr.	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	HH-Position	Erhöhung der Erträge in EUR (kumulativ)				Reduzierung der Personalaufwendungen in EUR (kumulativ)				Reduzierung der sonstigen Aufwendungen in EUR (kumulativ)				Haushaltseinstellung in EUR (kumulativ)				Auswirkung auf Stellenplan 2011	Gutachten Fachaus-schluss	Gutachten HFPA 15./16.02.11	Beschluss Stadtrat			
				2011	2012	2013	nach 2013 ff.	2011	2012	2013	nach 2013 ff.	2011	2012	2013	nach 2013 ff.	2011	2012	2013	nach 2013 ff.							
HFPA																										
1	11	Reorganisation der Abteilungsgliederung	0120 - Personalaufwendungen 0140 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 0170 - Sonstige ordentliche Aufwendungen															0 €	0 €	74.600 €	74.600 €		Anbringung eines kw-Vermerkes in Höhe von 1,0 (1120000)	:	Erfolgt im Rahmen der Verwaltungs-vorlage zum Haushalt bzw. Stellenplan 2011	
2	11	Reduktion der Sachbearbeitungsstellen 112	0120 - Personalaufwendungen 0140 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 0170 - Sonstige ordentliche Aufwendungen															24.800 €	24.800 €	24.800 €	24.800 €		Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerkes im SB-Bereich in Höhe von 0,5	:		
3	11	Kürzung des zentralen Budgets für zBv-Stellen	0120 - Personalaufwendungen															95.100 €	95.100 €	95.100 €	95.100 €			:		
4	11	Reduktion der Ausbildung über Bedarf	0120 - Personalaufwendungen 0140 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 0170 - Sonstige ordentliche Aufwendungen															0 €	0 €	70.000 €	210.000 €			:		
5	11	Einsparung von Büroarbeitsplätzen	0140 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 0170 - Sonstige ordentliche Aufwendungen															80.000 €	80.000 €	80.000 €	80.000 €			:		
6	11	Einführung einer drei-monatigen	0120 - Personalaufwendungen															591.000 €	591.000 €	591.000 €	591.000 €			:		
7	11	Reorganisation der Referatsgliederung (in: 16.02.2011, 16.																								

61/85

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Herr Schmied

Vorlagennummer:
II/075/2011

Anträge zum Finanzhaushalt/Investitionsprogramm der Fachämter für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2011)

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem anhängenden Abstimmungsskript.

II. Begründung

Anlagen: Abstimmungsskript

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Finanzplan/Investition		Beantragt von:		ÖDP/FWG	Antrags-Nr.: 132/10
Lfd. Nr.:		IP-Nr.:		612.778E	Seite: 31 u.81
E	42	Kostenstelle, Amt:		200090, Amt 20	
		ProduktgruppenText:		Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	
		Einzahlungstext:		Kreditaufnahme v. privaten Kreditinstituten (ordentliche Kredite)	
			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR	
		2011	23.418.300	- 1.173.000	
		2012	0	0	
		2013	0	0	
		2014	0	0	
Begründung:		Die zu erwartenden Einsparungen aufgrund der HH-Anträge der ödp/FWG sollen zur Reduzierung der geplanten Kreditaufnahme verwendet werden.			
		Verw.: Voraussetzung für eine Kreditreduzierung ist ein positives Abstimmungsergebnis über sämtliche HH-Anträge der ödp/FWG . Antrag kann erst im Abgleich abgestimmt werden.			
Gutachten		HfPA	Der Antrag wird ☐ angenommen ☐ abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen		

Finanzplan/Investition		Beantragt von:		SPD	Antrags-Nr.: 138/10
Lfd. Nr.:		IP-Nr.:		keine	Seite: 31
E	43	Kostenstelle, Amt:		200090, Amt 20	
		ProduktgruppenText:		Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	
		Einzahlungstext:		Finanzmittelbestand (vormals „allgemeine Rücklage“)	
			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR	
		2011	6.000.000	+ 3.000.000	
		2012	0	0	
		2013	0	0	
		2014	0	0	
Begründung:		höhere Kassenmittel am 1.1.			
		Verw.: Antrag kann erst im Abgleich abgestimmt werden.			
Gutachten		HfPA	Der Antrag wird ☐ angenommen ☐ abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen		

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
11/023/2010

Fraktionsantrag SPD 156/2010 vom 30.11.2010 zum Arbeitsprogramm des Personal- und Organisationsamtes; Anonymisiertes Bewerbungsverfahren

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personal- nalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Personalverwaltung berichtet über die Erfahrungen anderer Kommunen und staatlicher Stellen mit dem anonymisierten Bewerbungsverfahren und erstellt einen Vorschlag für das weitere Vorgehen bei der Stadt Erlangen.

Der Fraktionsantrag ist damit erledigt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)
Prüfung der o.g. Option zur Realisierung von Diversityansätzen in der Verwaltung.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)
Erfahrungen mit einem anonymisierten Bewerbungsverfahren abfragen.
Vorschlag für weiteres Vorgehen bei der Stadt Erlangen erstellen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)
Die Erfahrungsrecherche wird antragsgemäß durchgeführt.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)
Für die Bearbeitung des Fraktionsantrags wurde ein Personalaufwand in der Personalverwaltung für Umfrage, Analyse der Rückmeldungen, grobe Prozessanalyse, Personalbedarfsbemessung, Abstimmung, Vorgehensvorschlag von ca. 22 Personentagen, mit einem **Personalkostenaufwand von rund 6.300 EUR**, errechnet.

Die Kosten für eine eventuelle spätere Konzeptentwicklung bzw. Umsetzung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens bzw. die dafür erforderliche zusätzliche Stellenkapazität sind in obiger Rechnung nicht enthalten.

Anlagen: Fraktionsantrag

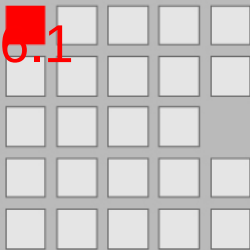
III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.11.2010
Antragsnr.: 156/2010
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/ZV/11/Hr. Matuschke
mit Referat:

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Arbeitsprogramm des Personal- und Organisationsamts:
Anonymisiertes Bewerbungsverfahren
Antrag zum Haushalt 2011**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das anonymisierte Bewerbungsverfahren ist ein möglicher Ansatz, um mit StellenbewerberInnen in der ersten Auswahlrunde vorurteilsfrei umzugehen und dadurch zum Beispiel MigrantInnen, Frauen und älteren BewerberInnen bessere Chancen einzuräumen. Es liegt im unmittelbaren Interesse der Stadt Erlangen, bei der Besetzung ihrer Stellen nach Möglichkeit diskriminierende Einstellungen und Verhaltensweisen auszuschalten.

Wir stellen daher folgenden Antrag:
Die Personalverwaltung berichtet über Erfahrungen anderer Kommunen und staatlicher Stellen mit dem anonymisierten Bewerbungsverfahren und erarbeitet einen Vorschlag, wie dieses Verfahren bei der Stadt Erlangen getestet werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Datum
30.11.2010

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Seite
1 von 1

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/Gst/ZBB/1523

Verantwortliche/r:
Gleichstellungsstelle

Vorlagennummer:
Gst/005/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der Gst - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 9

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2011 für die Gleichstellungsstelle wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für die Gleichstellungsstelle wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2011 für die Gleichstellungsstelle wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
PR

Verantwortliche/r:
Herr Hornauer

Vorlagennummer:
201/004/2011

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der
Personalvertretung
- siehe Arbeitsprogramm 2011 in gebundener Form ab Seite 17 -**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2011 der Personalvertretung wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für die Personalvertretung wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2011 für die Personalvertretung wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/eGov

Verantwortliche/r:
eGovernment-Center

Vorlagennummer:
eGov/013/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des eGovernment-Centers - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 19

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2011 für das eGovernment-Center wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das e-Government-Center wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das eGovernment-Center wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

siehe Arbeitsprogramm

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
11/021/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Personal- und Organisationsamtes - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 29

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2011 für das Personal- und Organisationsamt wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Personal- und Organisationsamt wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Personal- und Organisationsamt wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

siehe Arbeitsprogramm

Anlage: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13/SHE/T. 2400

Verantwortliche/r:
Herr Helmut Schmitt

Vorlagennummer:
13-2/076/2011

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Bürgermeister- und Presseamtes (Amt 13)

-siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 37

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2011 des Bürgermeister- und Presseamtes wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Bürgermeister- und Presseamt wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2011 des Bürgermeister- und Presseamtes wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Herr Beugel

Vorlagennummer:
II/073/2010

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der Stadtkämmerei sowie Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit
- siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 49**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2011 für die Stadtkämmerei sowie der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für die Stadtkämmerei sowie der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2011 für die Stadtkämmerei sowie der Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/30

Verantwortliche/r:
E. Vittinghoff

Vorlagennummer:
30-R/016/2011

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für Recht und Statistik (Amt 30)

- siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 89

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan für das Amt für Recht und Statistik wird zugestimmt.
Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Amt für Recht und Statistik wird zugestimmt.
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und im Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Amt für Recht und Statistik wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/33

Verantwortliche/r:
Herr Schiffmann

Vorlagennummer:
33/003/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Bürgeramtes - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 121

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personal- ausschuss	19.01.2011	nicht öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2011 für das Bürgeramt wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Bürgeramt wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat
2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Bürgeramt wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/34/GSA-2774

Verantwortliche/r:
Herr Schmeißer

Vorlagennummer:
34/007/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Standesamtes - siehe Arbeitsprogramm 2011 in gebundener Form ab Seite 129

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personal- nalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2011 für das Standesamt wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Standesamt wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Standesamt wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
I/37AL

Verantwortliche/r:
Herr Friedhelm Weidinger

Vorlagennummer:
37/010/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz (Amt 37) - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 135

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2011 für das Amt für Brand- und Katastrophenschutz wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget (der Gesamtbudgethöhe) für das Amt für Brand- und Katastrophenschutz wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.
2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Amt für Brand- und Katastrophenschutz wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III-39-BJK 1720

Verantwortliche/r:
Frau Dr. Bauer

Vorlagennummer:
39/006/2011

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 39)

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan für das Amt für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz wird zugestimmt.

Dem Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Amt für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz wird zugestimmt.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und im Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Amt für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Herr Sponsel

Vorlagennummer:
II/076/2011

Anträge zum Ergebnishaushalt außerhalb der Fachamtsbudgets (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2011)

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem anhängenden Abstimmungsskript.

II. Begründung

Anlagen: Abstimmungsskript

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2011

--- nicht investiv ---

Ö:
18.1

Fachamt	Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungs-antrag	Seite im Verw.-entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand (negativer Betrag = Aufwandserhöhung)	Budget ----- negativer Betrag = Zuschussbudget	
---------	--------------	--------------------------------------	------------------	------------------------	--	-------------------------	---	--	--

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss (Sitzung am 19.01.2011)

Änderungsanträge - außerhalb der Sachmittelbudgets

79/85	all-gemeiner Haushalt	HH				Bezeichnung/Begründung des Änderungsantrags zu Positionen <u>außerhalb</u> der Sachmittelbudgets --- nicht investiv --- (soweit möglich, bitte bei Begründung Sachkonto/Produkt/Seite im Verw.-entwurf angeben)	0 €	0 €	0 €	Abstimmung Fachausschuss
			500000 bis 509999	Abstimmung Stadtrat vom 28.10.2010 einstimmig angenommen	630f.	Amt 11: Einsparung aus Änderung der Dienstvereinbarung über die leistungsorientierte Bezahlung bei der Stadt Erlangen (Umsetzung KGSt-Vorschlag 24), anteiliger Betrag für 2011, ab 2012: ca. 55.000 € (Stadtrat vom 28.10.2010 Vorlage 11/018/2010),		14.000 €		
			500000 bis 509999	Abstimmung Stadtrat vom 28.10.2010 einstimmig angenommen	630f.	Amt 11: Einsparung aus Änderung der Regelungen zu den zusätzlichen Leistungsprämien für Tarifbeschäftigte (Umsetzung KGSt-Vorschlag 27) (Stadtrat vom 28.10.2010 Vorlage 11/019/2010)		38.000 €		
			500000 bis 519999			Personalamt: Mehr- bzw. Minderaufwendungen für den ausfinanzierten Stellenplan (Betrag abhängig von Entscheidungen zum Stellenplan)		Mitteilung erfolgt im Haushaltsabgleich		Abstimmung im Rahmen des Haushaltsabgleichs

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2011

--- nicht investiv ---

Fachamt	Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungs-antrag	Seite im Verw.-entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand (negativer Betrag = Aufwandserhöhung)	Budget ----- negativer Betrag = Zuschussbudget	
80/85	HH 1A. HH 1B. HH 1C.	500000 bis 519999	Nachmeldung der Verwaltung	630f.	Amt 11: voraussichtliche Rückerstattung des Versorgungsverbands mit einem Volumen von ca. 6,8 Mio €. Die Rückerstattung wird auf die zu leistenden Abschlagszahlungen angerechnet. Hierzu gibt es mehrere Modelle: A = Anrechnung auf die Zahlungen in 2011 (einmalig minus 6,8 Mio €), B = Anrechnung auf die Zahlungen 2011 bis 2014 (jeweils minus 1,7 Mio € zuzüglich Zins) oder C = Anrechnung auf die nächsten 10 Jahre (jeweils minus 0,68 Mio zuzüglich Zins)		Das Erstattungsmodell ergibt sich aus den folgenden Abstimmungsergebnissen		Das Erstattungsmodell ergibt sich aus den folgenden Abstimmungsergebnissen
					Variante A: Anrechnung der Rückerstattung auf die Zahlungen in 2011		6.800.000 €		Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen Bei Annahme entfällt eine Abstimmung zu HH 1B. und HH 1C.
			SPD 138/2010		Rückerstattung Versorgungsverband SPD-Fraktion = Erstattungsmodell Variante B: Anrechnung der Zahlungen auf die Jahre 2011 bis 2014		1.700.000 €		Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen Bei Annahme entfällt eine Abstimmung zu HH 1C.
					Variante C: Anrechnung der Rückerstattung auf die nächsten 10 Jahre		680.000 €		Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
	HH 2.	1115 448402	Nachmeldung der Verwaltung	627	Amt 11: voraussichtliche Personalkosten-Erstattungen des Arbeitsamtes für Altersteilzeit	113.000 €			Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2011

--- nicht investiv ---

Fachamt	Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungs-antrag	Seite im Verw.-entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand (negativer Betrag = Aufwandserhöhung)	Budget ----- negativer Betrag = Zuschussbudget	
81/85	HH 3.	1211	Nachmeldung der Verwaltung	109	Amt 30: Mehrkosten zur Durchführung des Zensus 2011 (nicht budgetrelevant), Gesamtkosten ca. 150.000 € sowie voraussichtliche Finanzzuweisung des Freistaats (65 % aus 124.162 €); Restbetrag wird in 2012 erwartet	80.700 €	-82.500 €		Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
	HH 4.	3631	Nachmeldung der Verwaltung	78	JAZ e.V. , Fortführung des Projekts (HH-HFPA vom 10./11.02.2010) Hinweis Kämmerei: im Entwurf keine Mittel veranschlagt		-30.000 €		Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
	HH 5.	5750	Nachmeldung der Verwaltung	78	"Medical Valley" , Fortführung des Projekts Hinweis Kämmerei: Im Entwurf keine Mittel eingeplant		-35.000 €		Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
	HH 6.	5110	SPD 138/2010	78	Tag der Altstadt <u>Hinweis Kämmerei:</u> Produkt wird außerhalb des Sachmittelbudgets von Amt 20 abgerechnet. Fraktionsantrag daher dem allgemeinen Haushalt zugeordnet		-3.000 €		Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
	HH 7.	1111 542112	Grüne Liste 159/2010	637	Kürzung Aufwandsentschädigungen StadträtInnen um 10 %		53.000 €		Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
	HH 8.	1111 SK 531821	Erlanger Linke 119/2010	633	progressive Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse um 10 %		13.600 €		Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
			Grüne Liste 159/2010		Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse um 10 %				
	HH 9.	Sachkonto 530101	Grüne Liste 161/2010		Höhere Beteiligung der Sparkasse: Die Sparkasse soll sich mit 170.000 € zusätzlich an der Kulturförderung und Unterstützung von sozialen Einrichtungen der Stadt Erlangen beteiligen. <u>Hinweis Kämmerei:</u> Falls - wie im Vorjahr - die Sparkasse kulturelle und soziale Projekte mit zusätzlich 170.000 € fördert, können im städtischen Haushalt die Mittel für freiwillige Leistungen reduziert werden. Von der Kämmerei werden dann in den betreffenden Budgets die Zuschussmittel in gleicher Höhe gekürzt.		Betrag noch nicht evaluierbar		Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen

--- nicht investiv ---

Fachamt	Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungs-antrag	Seite im Verw.-entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand (negativer Betrag = Aufwandserhöhung)	Budget ----- negativer Betrag = Zuschussbudget	
82/85	HH 10.	3661 bis 3676	CSU 167/2010	71	KommunalBIT: Anschaffung einer leistungsfähigen Software für das Jugendamt (über KommunalBIT) <u>Ergänzung Kämmerei:</u> KommunalBIT berechnet bei Anschaffungen den Abschreibungssatz. Mittelsperre bis Notwendigkeit geprüft		-131.000 €		Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
	HH 11.	2111 bis 2439	SPD 138/2010	71	KommunalBIT: Umsetzung Konzept IT an Erlanger Schulen <u>Ergänzung Kämmerei:</u> Ab 2010 sind 675.000 € im Haushalt zur Umsetzung des Konzepts IT an Schulen veranschlagt. KommunalBIT berechnet bei Anschaffungen den Abschreibungssatz. Mittelsperre bis Notwendigkeit geprüft		-255.000 €		Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
	HH 12.1.	401301	Grüne Liste 159/2010	624 637	Gewerbesteuer - Erhöhung des Hebesatzes auf Nürnberger Niveau 435 <u>Hinweis Kämmerei:</u> Hebesatz Nürnberg = 447. Im Entwurf sind 55.000.000 € veranschlagt. Hierbei ist die Anhebung des Gewerbesteuersatzes von 410 auf 425 v.H. berücksichtigt.Eine Anhebung auf 447 v.H. erbringt Mehrerträge in Höhe von ca. 2.898.000 €	2.500.000 €			Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen Bei Annahme des Antrag entfällt eine Abstimmung zu lfd. Nr. HH 12.2. und 12.3.
	HH 12.2.		SPD 138/2010		Gewerbesteuerhebesatz 435 <u>Hinweis Kämmerei:</u> Anhebung des Hebesatzes auf 435 bringt Mehrerträge in Höhe von ca. 1.294.000 €	1.000.000 €			Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen Bei Annahme des Antrages entfällt eine Abstimmung zu lfd. Nr. HH 12.3.
	HH 12.3.		öpd/FWG 132 + 134/2010		Gewerbesteuer. Zu erwartende Mehreinnahmen, Steigerung des Planansatzes	500.000 €			Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
	HH 12.4.				Antrag aus der Bürgerversammlung "Gesamtstadt" vom 23.11.2010 (Herr Pöhlmann): Anhebung des Hebesatzes von Nürnberg auch in Erlangen. Ziel muss ein gemeinsamer Hebesatz im Großraum sein, damit der Wettbewerb zwischen den Kommunen aufhört.	kein Betrag			Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2011

--- nicht investiv ---

83/85	Fachamt	Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungs-antrag	Seite im Verw.-entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand (negativer Betrag = Aufwandserhöhung)	Budget ----- negativer Betrag = Zuschussbudget	
		HH 13.	402101	öpd/FWG 132 + 134/2010	624	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer: zu erwartende Mehreinnahmen, Steigerung des Planansatzes <u>Hinweis Kämmerei:</u> Planansatz im Verwaltungsentwurf: 56.000.000 €. Mitteilung über den voraussichtlichen Beteiligungsbetrag/Gemeidneanteil an der Einkommensteuer = 51.567.000 €.	750.000 €			Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
		HH 14.	402201	nachträgliche Nachmeldung der Verwaltung	624	Mitteilung über voraussichtlichen Beteiligungsbetrag an der Umsatzsteuer = 8.269.000 € (im Verwaltungsentwurf: 8.100.000 €)	169.000 €			Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
		HH 15.	403401	SPD 138/2010	624	Zweitwohnungssteuer einführen	250.000 €			Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
		HH 16.	403911	Grüne Liste 159/2010	624	Einführung eines Kulturtaxe - pauschaliert - 1,- € pro Übernachtung. Der geringe Betrag ist vertretbar. Die pauschalierte Abführung spart Verwaltungsaufwand. Die Taxe sollte auch als Sachleistung abgegolten werden können. siehe auch KFA vom 01.12.2010, Vorlage IV/018/2010 (Fraktionsantrag der Erlanger Linke Nr. 114/2010 vom 03.11.2010): in den HH-HFPA verwiesen	450.000 €			Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
		HH 17.	413101	nachträgliche Nachmeldung der Verwaltung	624	Mitteilung über voraussichtliche Beteiligung am Einkommensteuerersatz = 4.778.000 € (im Verwaltungsentwurf: 4.900.000 €)	-122.000 €			Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
		HH 18.	537202	nachträgliche Nachmeldung der Verwaltung	637	auf der Basis des vorläufigen Umlagekraftbescheides errechnet sich für 2011 bei einem Umlagesatz von 25,2% eine Bezirksumlage in Höhe von 26.721.832 € (veranschlagt sind 26.200.000 €).		-522.000 €		Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2011

--- nicht investiv ---

Fachamt	Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungs-antrag	Seite im Verw.- entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand (negativer Betrag = Aufwands-erhöhung)	Budget ----- negativer Betrag = Zuschussbudget	
84/85	HH 19.1.	6121 461501	Nachmeldung der Verwaltung	629	Amt 20: Zinserträge aus Kontokorrentkrediten von verb. Unternehmen (Berichtigung)	70.000 €			Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
	HH 19.2.	6121 461701	Nachmeldung der Verwaltung	629	Amt 20: Zinserträge aus Kontokorrentkrediten von Kreditunternehmen (Berichtigung)	60.000 €			Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
	HH 19.3.	6121	Nachmeldung der Verwaltung	78	Amt 20: Anpassung Zins und Tilgung , Beträge werden in den Beratungsunterlagen zum Haushalt 2011 am 20.12.2010 mitgeteilt. Das Einsparpotential aus den Maßnahmevorschläge von Roedl und Partner wird für 2011 berücksichtigt.				Abstimmung HFPA ... : ... Stimmen
	HH 19.4.	Sachkonto 551001 bis 551901	SPD 138/2010	639f.	Zinsersparnis <u>Hinweis Kämmerer:</u> Betrag kann erst anhand der beschlossenen Änderungsanträge und des Haushaltsabgleichs berechnet werden. Behandlung im Stadtrat (Haushaltsabschluss)		-500.000 €		Abstimmung im Rahmen des Haushaltsabgleichs
	HH 19.5.		SPD 138/2010	31	höhere Kassenmittel am 1.1. <u>Hinweis Kämmerer:</u> Betrag kann erst anhand der beschlossenen Änderungsanträge und des Haushaltsabgleichs berechnet werden; Veranschlagung siehe Investitionen, lfd. Nr. 43.	3.000.000 €			Abstimmung im Rahmen des Haushaltsabgleichs

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Herr Hauer/Herr Schmied

Vorlagennummer:
II/078/2011

Anträge zum Ergebnishaushalt und zum Finanzhaushalt seit dem 16.12.2010

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus den aufgelegten Abstimmungsunterlagen.

II. Begründung

Anlagen: Abstimmungsskript

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung -öffentlich-	1
------------------------	---

Vorlagendokumente

TOP Ö 11.1 Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen der ex Mitteilung zur Kenntnis BM/ZV/011/2010	5
Anlage 1 - Stellungnahme Personalrat BM/ZV/011/2010	6
TOP Ö 11.2 Arbeitsprogramm 2011 für Amt 11; Eingliederungsmanagement in Verbind Mitteilung zur Kenntnis 11/024/2010	9
TOP Ö 11.3 Alternativvorschlag der Verwaltung zur Wiederbesetzungssperre; Lfd. Mitteilung zur Kenntnis 11/025/2010	11
TOP Ö 11.4 Budget des GME im Haushalt 2011 und dessen Auswirkungen aufgrund nic Mitteilung zur Kenntnis 241/022/2010	13
TOP Ö 11.5 Antrag zum Arbeitsprogramm 2011 des Bauaufsichtsamtes (Amt 63) - Prü Beschlussvorlage 63/124/2010	17
Antrag Nr. 153/2010 der SPD-Stadtratsfraktion 63/124/2010	19
TOP Ö 12 Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse für die Fraktionen Beschlussvorlage 13-2/077/2011	20
Antrag Nr. 119/2010 der Fraktion Erlanger Linke 13-2/077/2011	22
TOP Ö 13 Ausbildungsbericht 2010 Beschlussvorlage II/072/2010	23
TOP Ö 14 Sondernutzungsgebühren bei Google Street-View-Fahrten; Fraktionsantrag Beschlussvorlage 30-R/018/2010	40
Fraktionsantrag 115/2010 Erlanger Linke 30-R/018/2010	42
TOP Ö 15.1 Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2011 (siehe Verwaltungsvorl Beschlussvorlage 112/023/2010	43
Anlage 1 - Liste Stellenplan-Auszug, 1. Neufassung 10/2010 112/023/20	44
Anlage 2 - Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 160 112/023/2010	48
Anlage 3 - Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 162 112/023/2010	50
Anlage 4 - Fraktionsantrag CSU Nr. 165 112/023/2010	51
TOP Ö 15.2.1 Fraktionsantrag der Grünen Liste Nr. 163/2010; Haushaltskonsolidie Beschlussvorlage 11/030/2010	52
Anlage 1 Fraktionsantrag Nr. 163_101130_GL_Haushaltskonsolidierung2011	54
TOP Ö 15.3 Fachamtsbudgets für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist (si Beschlussvorlage II/074/2011	55
Abstimmungsskript_Fachamtsbudget_Sachmittel_HFPA_19.01.2011 II/074/2056	
TOP Ö 15.4 Maßnahmenvorschläge von Rödl + Partner Beschlussvorlage 112/024/2010	58
Anlage 1: Schreiben OBM/ZV vom 13.12.2010 112/024/2010	59
Anlage 2: Abstimmungsvorlage Rödl Partner A4 s/w 112/024/2010	60
TOP Ö 15.5 Anträge zum Finanzhaushalt/Investitionsprogramm der Fachämter für di Beschlussvorlage II/075/2011	62
HFPA_Antraege2011_Investitionen II/075/2011	63
TOP Ö 16.1 Fraktionsantrag SPD 156/2010 vom 30.11.2010 zum Arbeitsprogramm des Beschlussvorlage 11/023/2010	64
Anlage 1 Fraktionsantrag Nr. 156_101129_SPD_Haushalt_2011 11/023/2010	66
TOP Ö 17.1 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der Gleichstell Beschlussvorlage Gst/005/2010	67
TOP Ö 17.2 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der Personalver	

Beschlussvorlage 201/004/2011	68
TOP Ö 17.3 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des eGovernment	
Beschlussvorlage eGov/013/2010	69
TOP Ö 17.4 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Personal- u	
Beschlussvorlage 11/021/2010	70
TOP Ö 17.5 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Bürgermeist	
Beschlussvorlage 13-2/076/2011	71
TOP Ö 17.6 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 der Stadtkämmer	
Beschlussvorlage II/073/2010	72
TOP Ö 17.7 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für R	
Beschlussvorlage 30-R/016/2011	73
TOP Ö 17.8 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Bürgeramtes	
Beschlussvorlage 33/003/2010	74
TOP Ö 17.9 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Standesamte	
Beschlussvorlage 34/007/2010	75
TOP Ö 17.10 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für	
Beschlussvorlage 37/010/2010	76
TOP Ö 17.11 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Amtes für	
Beschlussvorlage 39/006/2011	77
TOP Ö 18.1 Anträge zum Ergebnishaushalt außerhalb der Fachamtsbudgets (siehe au	
Beschlussvorlage II/076/2011	78
Abstimmungsskript_außerhalb der Fachamtsbudgets_HFPA_19.01 II/076/201	79
TOP Ö 18.2 Anträge zum Ergebnishaushalt und zum Finanzhaushalt seit dem 16.12.2	
Beschlussvorlage II/078/2011	85
Inhaltsverzeichnis	86